Nr. 118. Halle (Saale), Donnerstag, den 23. Mai 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis:
Monatl. 1.— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1.— Mk., vierteljährl. 3.— Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra. Für Kriegerfamilien 80 Pfg. Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise:
Jeden Werktags, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung:
Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16106.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis:
Die sechsgespalt. 46 mm breite Kolonelzeile kostet 20 Pfg., für außerhalb des Verbreitungsgebiets 25 Pfg. Anzeigen unter Text: für die 87 mm breite Reklamezeile 75 Pfg.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung:
Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 23. Mai 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Kemmelgebiet hielt gesteigerte Feuertätigkeit an. An den übrigen Kampffronten lebte die Gefechtstätigkeit erst am Abend in einzelnen Abschnitten auf. Während der Nacht lebhafte Tätigkeit der Franzosen auf dem Westufer der Avre.

Mehrfach wurden Vorstöße des Feindes abgewiesen und bei eigenen Erkundungen Gefangene eingebracht.

Auf dem Kampffelde an der Lys wurden gestern unter andern drei amerikanische Flugzeuge abgeschossen.

Die in letzter Zeit sich mehrenden feindlichen Fliegerangriffe gegen belgisches Gebiet haben der Zivilbevölkerung schwere Schäden und Verluste zugefügt. Militärischer Schaden entstand nicht.

Durch erfolgreiche Bombenabwürfe wurden große Munitionslager des Feindes nordwestlich von Abbeville vernichtet.

Paris wurde mit Bomben beworfen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die deutschen Luftangriffe.

„Der größte aller Angriffe auf London".

(Amtlich.) Starke deutsche Bombengeschwader griffen in der Nacht vom 19. zum 20. Mai wiederum London an. Die Unternehmung gestaltete sich durch die große Zahl der [illegible] die London erreichten und die Menge der auf die Mitte der Stadt geworfenen Bomben zum größten aller bisher durchgeführten Angriffe auf London. Einwandfrei wurde die starke Wirkung unserer Bomben in der City zwischen Admiralität und Westindia-Docks beobachtet. Vier große Brände brachen im Innern der Stadt aus.

Mit demselben guten Erfolge griffen Bombenflugzeuge Dover, Chelmsford, Chatam und Southampton an.

Vier deutsche Flugzeuge zum Absturz gebracht?

London, 20. Mai. (Reuter.) (Amtlich.) Nach den Berichten sind vier von den feindlichen Flugzeugen, die London und das Südostgebiet in der letzten Nacht angriffen, zum Absturz gebracht worden. Es scheint ein Angriff größeren Stils gewesen zu sein. Eine beträchtliche Anzahl Bomben wurde abgeworfen, aber bis jetzt liegen noch keine Berichte über Verluste und Beschädigungen vor.

Die vorstehenden Meldungen gibt W. T. B. **verspätet** wieder. Die englischen Verlustzahlen sind bereits veröffentlicht worden.

Deutsche Flieger in Seenot.

Kopenhagen, 21. Mai. (W. T. B.) Nationaltidende meldet aus **Malmö**. Mit einem holländischen Dampfer kamen am Sonnabend in Göteborg zwei deutsche Flieger an, die wegen Benzinmangels auf der Nordsee hatten niedergehen müssen und, nachdem sie vier Tage und drei Nächte auf See zugebracht hatten, von dem Dampfer aufgenommen worden waren. Ein schwedischer Fischdampfer rettete an der Doggerbank zwei andere deutsche Flieger und brachte sie nach Marstrand ein. Die Flieger, die ebenfalls wegen Benzinmangels zum Niedergehen auf dem Meere gezwungen worden waren, hatten sechs Tage, teilweise ohne Lebensmittel und Wasser, auf dem Meere zubringen müssen.

Neuer Fliegerangriff auf Paris.

Basel, 22. Mai. (Privattelegramm.) Wie Havas meldet, warfen deutsche Flugzeuge am Dienstag abend erneut Bomben auf verschiedene Oertlichkeiten in der Umgegend von Paris ab. Ueber die Wirkung des Angriffes schweigt sich Havas aus. Der Temps meint aber: „Wenn der letzte Luftangriff so viele Opfer gekostet hat, so liegt die Schuld hauptsächlich daran, daß die Bevölkerung viel zu spät alarmiert worden ist." Dagegen behauptet die Agentur, daß ein deutsches Flugzeug brennend zum Absturz gekommen ist.

Englische Bomben auf holländisches Gebiet.

(W. T. B.) In der Nacht vom 16. zum 17. Mai griffen vier feindliche Flugzeuge **Brügge** über Holland an. Gegen 12 Uhr nachts warfen sie außerdem noch zwei Bomben auf holländisches Gebiet bei **Sluis** östlich Brügge ab. Die Holländer beschossen die Flugzeuge zuerst als sie schon außer Erreichweite waren.

Abwehr- und Vernichtungsfeuer.

Berlin, 22. Mai. (Amtlich.) Am 21. Mai führte die deutsche Artillerie mit großer Wirksamkeit ihren Feuerkampf durch. Sie hielt geplante Angriffe des Feindes im Kemmelgebiet durch ihr Abwehrfeuer nieder und rief durch zahlreiche Treffer in den feindlichen Batterien mehrfach Munitionsbrände hervor. Hazebrouk, Zorbecque, der Schacht 2 von Annezin, Schacht 5 von Méseux, Schacht 10 von Béthune und das Stahlwerk Grenay wurden erfolgreich mit schwerem Kaliber belegt. Unsere Bombengeschwader verursachten gleichfalls schwere Schäden in den Unterkunftsorten des rückwärtigen feindlichen Gebietes. Bei der Sprengung des großen Munitionslagers Blargies wurden ungeheure taghelle Explosionen beobachtet. Die infolge der Explosionen entstandenen Brände des weiten feindlichen Munitionsdepots dauerten noch nach 2 Uhr morgens an. 3000 Meter hohe Rauchwolken waren lange Zeit sichtbar.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 22. Mai. Amtlich wird verlautbart: An der italienischen Gebirgsfront hält erhöhte Kampftätigkeit an.

In der Nacht zum 21. Mai drangen zwei feindliche Kompagnien in unsere Stellungen nordwestlich des Col del Rosso ein und wurden durch Gegenstoß unter großen Verlusten zurückgeworfen. Der Chef des Generalstabes.

Neue Versenkungen. Berlin, 22. Mai. (Amtlich.) Im Mittelmeer versenkten unsere U-Boote die italienische Dreimastbark Angelina di Paola (228 B.-R.-T.), den französischen bewaffneten Dampfer Verdun (2769 B.-R.-T.) und vier weitere Dampfer, darunter einen von mindestens 8000 B.-R.-T. Zusammen über 22 000 B.-R.-T. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Auch Béthune in Flammen. Basel, 22. Mai. (Drahtmeldung.) Die Neue Korrespondenz behauptet, daß die Stadt Béthune in Flammen stehe. Deutsche Brandbomben hätten das Rathaus in Brand geschossen, von wo aus der Brand weiter gegriffen habe. Die Stadt sei geräumt worden.

Aufhebung der französischen Urlaubssperre. Den L. N. N. zufolge meldet Nieuwe Rotterdamsche Courant aus **Paris**: General Petain hat die Urlaubssperre, die seit Beginn der deutschen Offensive verhängt worden war, aufgehoben. Auch Urlaubsreisen der Soldaten nach England und Italien werden wieder zugelassen.

Ausdehnung der amerikanischen Front. Reuter meldet aus **Washington**: In der letzten Sitzung des Senats wurde mitgeteilt, daß die amerikanischen Truppen an der Westfront mit der Anzahl der besetzten Meilen an der Front an dritter Stelle stehen; die Länge der Frontlinie entspreche der der Belgier. (T.-U.)

Angriff und Verteidigung.

Von **Richard Gädke**.

Zweck und Bedeutung der zahlreichen kleineren und größeren Gefechte, die gegenwärtig an der Westfront stattfinden, in jedem Einzelfall zu erkennen, ist dem Fernerstehenden meist nicht möglich. Im allgemeinen aber sind sie der Ausdruck der wieder zunehmenden Spannung zwischen den Kampfeslinien. Für beide Gegner handelt es sich darum, die Verteilung und Stärke der feindlichen Truppen, ihren Wechsel, ihre Standorte fortdauernd und sorgfältig zu beobachten; das ist für den, der sich zunächst verteidigen will, ebenso wichtig, wie für den, der den Angriff beabsichtigt. Jener will sich gegen Ueberraschungen sichern, dieser den Einsatz seiner eigenen Kräfte danach bemessen. Zur Lösung dieser Aufgabe wird der Nachrichtendienst in Bewegung gesetzt; aber er genügt häufig nicht; er liefert unsichere und späte, manchmal verspätete Ergebnisse und muß häufig durch das Gefecht ergänzt werden. Man liefert es nicht um sich dauernd in den feindlichen Linien festzusetzen; darum lesen wir häufig, daß unsere Truppen nach Erfüllung ihres Auftrages in ihre eigenen Stellungen zurückkehrten. Man will beim Feinde Befehle und Briefe finden, die Regimentsnummer der Gefallenen feststellen und Gefangene zurückbringen, deren Aussagen um so wertvoller sein werden, je weniger sie merken, worum es sich handelt.

Diesem Zwecke dienen auch die immer zunehmenden Flüge der Luftwaffe; sie haben teils taktische Aufgabe und sollen die Tätigkeit der eigenen Geschütze unterstützen; teils erhalten sie strategische Aufträge, um marschierende Truppen, überhaupt jeden Verkehr hinter der feindlichen Front aufzuklären, Bahnanlagen, Brückenbauten, Stapelplätze für Lebensmittel und Schießbedarf, nach rückwärts zu melden. Mit diesem Zwecke verbindet sich meist die weitere Aufgabe, gegen diesen feindlichen Verkehr und seine Einrichtungen möglichst störend einzuwirken. Aber der Gegner hat das entgegengesetzte Bestreben, solche Unternehmungsluft nach Tunlichkeit einzudämmen. Daraus entwickeln sich dann zahlreiche Luftkämpfe und je mehr sie, wie gegenwärtig, zunehmen, desto mehr wird man erwarten können, daß die Kriegslage einer gewaltigen Lösung zudrängt.

Der Störung der feindlichen Maßnahmen dient häufig auch die Tätigkeit der beiderseitigen Batterien; sie kann aber auch der Aufklärung nutzbar gemacht werden, indem man durch sie die Erwiderung feindlicher Geschütze herauslockt und deren Lage dann unmittelbar oder durch Flieger feststellt. So greift eine Tätigkeit und eine Waffe immer in die andere ein, und alles zusammen dient den Zwecken der obersten Heeresleitung.

Immerhin ist es möglich, daß diese Kämpfe sich auch gelegentlich und unwillkürlich aus der nahen Berührung der Gegner, aus dem Kampfeseifer oder der Unternehmungslust unserer Befehlshaber ergeben. Ihre Ergebnisse werden gleichwohl manchmal nützlich sein.

Andere Erklärungen muß man aber für die größeren Gefechte suchen, die in dieser Zeit mit stärkeren Kräften geführt werden. Das gilt z. B. von unserem Angriffe des 14. Mai in dem Gebiet nördlich des Kemmel und vielleicht auch noch von unserem Vorstoße des gleichen Tages zu beiden Seiten der Straße Corbie-Bray; gilt von dem französischen Gegenangriffe des 15. Mai am Kemmel, von dem australischen Nachtangriff gegen Ville sur Ancre am 19. Mai und besonders von dem Versuche starker feindlicher Kräfte am 20. Mai, uns den Kemmelberg wieder abzunehmen. Hier handelt es sich darum, die eigenen Stellungen zu verbessern, dem Feinde günstig gelegene Beobachtungsstellen oder Ausgangspunkte für seine Angriffe zu entreißen, im Zuge begriffene feindliche Maßnahmen zu durchkreuzen. Insbesondere hat der französische Stoß des 20. Mai zweifellos die Aufgabe gehabt, noch ehe die Operationspause zu Ende ging, die sehr gefährliche Flankenbedrohung gegenüber der Yserstellung zu beseitigen und das stärkste Bollwerk der örtlichen Verteidigung zurückzugewinnen. Das blutige Scheitern dieses Versuches ist daher sehr schmerzlich für den Gegner und sehr angenehm für uns.

Mehr und mehr beschäftigen sich die gegnerischen Zeitungen nun auch mit den Plänen Hindenburgs, übereinstimmend äußern sie die Ansicht, daß ein neues großes deutsches Angriffsunternehmen bevorstehe, daß es in kürzester Frist losbrechen werde und daß die allgemeine Vorbewegung auf breitester Grundlage geplant sei. Wenn sie zugleich hinzufügen, daß Foch sich auf allen Abschnitten seiner Front gegen Ueberraschungen ausreichend vorgesehen habe, so begreifen wir, daß darin eine Beruhigung für ängstliche Gemüter liegen soll, die sich entsinnen könnten, daß Franzosen und Engländer am 21. März immerhin einige Ueberraschungen erlebt haben. Wir werden Foch sicherlich für einen tüchtigen General halten müssen; unsere Gegner haben in diesen entscheidenden Zeiten natürlich den besten Mann mit dem Oberbefehl betraut, den sie finden konnten. Engländer und Amerikaner hätten sich den französischen Wünschen schwerlich gefügt, wenn nicht auch bei ihnen General Fochs Ruf ein festbegründeter wäre. Wir würden leichtfertig und prahlerisch handeln, wenn wir nicht auch unsererseits in ihm einen sehr ernst zu nehmenden Gegner sehen würden, dessen Gewicht nicht leicht in der Wagschale des Schlachtenglückes wiegen wird. In diesen Wochen haben wir wohl alle das Gefühl, daß auch Hindenburg und Ludendorff ebenso denken.

Gleichzeitig aber dürfen wir uns entsinnen, daß es bisher die Voraussage keineswegs erfüllt hat, daß es einen großen Gegenschlag vorbereite, der den Umschwung des Kriegsglückes herbeiführen werde. Am 13. April erklärte Clemenceau in dem Kammerausschuß, daß diese Wendung binnen zwei Monaten eintreten werde, und am 23. April wiederholte er, daß Fochs Gegenmaßregeln langsam aber sicher heranreiften. Davon haben wir und hat die Welt bisher nichts bemerkt. In strategischem Sinne hat er sich vielmehr auf die einseitigste, abwehrende Verteidigung gelegt und selbst in sie keine neue Note zu bringen gewußt. Er steht dort, wo wir seine Truppen zurückgetrieben oder stehen gelassen haben, und gedenkt diese Linien auf das zäheste zu verteidigen. Zu solcher Lösung kann ein minder bedeutender Führer auch kommen; sie ist ein Abglanz russischer Taktik. Inzwischen hat er bis nach Ypern hinauf seine Franzosen in die englischen Reihen einschieben müssen und hat zahlreiche Divisionen in örtliche, blutige Gegenstöße eingesetzt, die einen **allgemeinen** Umschwung der Lage sicher nicht herbeiführen konnten. Auch gegen den von ihm erwarteten neuen deutschen Angriff scheint er zunächst sich jedenfalls auf die Abwehr beschränken zu wollen. Wenn er glaubt, überall gegen Ueberraschungen gefeit zu sein, so erinnern wir uns der kriegerischen Grundlehre, daß, wer überall gleich stark sein will, in Wirklichkeit überall gleich schwach ist.

Und darin eben liegt der eine große Nachteil der Verteidigung, daß die Aufgabe, sich überall gegen Ueberraschungen zu sichern, kaum durchführbar ist. In der Schlacht bei Cannä stellte Varro seine 80 000 Römer gegen die 50 000 Soldaten Hanibals doppelt so tief als üblich auf und glaubt damit gegen jede Ueberraschung gefeit zu sein. Zu seinem Unheil merkte er zu spät, daß er gerade dadurch seinem großen Gegner die Möglichkeit gab, ihn mit schwächeren Kräften auf beiden Flanken zu überflügeln und im Rücken zu packen. Wer so stark ist, daß er sich wirklich nicht vor Ueberraschungen zu fürchten hat, der geht lieber zum Angriff über.

Denn das ist dessen zweiter Vorzug; er alleine kann den Krieg entscheiden, auch wenn Foch — setzen wir den Fall — in der Abwehr siegreich sein sollte, ist damit für die Kriegsziele des Vierverbandes noch nichts gewonnen. Es bleibt ihm nichts übrig, als nun auch seinerseits loszubrechen, und da könnten die Deutschen nun ihrerseits in der Abwehr erfolgreich sein.

Wer sich aber sofort zum Angriff entschließt, der hat jedenfalls eins vor seinem Gegner voraus: das größere Selbstbewußtsein und die stärkere Siegeszuversicht. Diese schwerwiegenden Seelenkräfte aber sind der dritte Vorzug des Angriffs.

Niemand wird die örtliche Stärke der Verteidigung unterschätzen, die im Boden und in der massenmordenden Maschine wirksame Bundesgenossen findet, aber ausschlaggebend sind diese Vorzüge nicht. Die Sache steht vielmehr so, daß das Schlachtenglück nur von Fall zu Fall entscheidet, worin die stärkere Form des Kampfes zu suchen ist. Das kann gelegentlich die Verteidigung sein; meistens aber fällt die Siegespalme dem Angreifer zu. Er hat in jedem Falle die besseren Aussichten.

Der Arbeitskammergesetz-Entwurf.

Von **Hermann Jäckel**.

Es war am 4. Februar 1890. In seinem bekannten Erlaß stellte Kaiser Wilhelm II. „für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" die Schaffung gesetzlicher Vertretungen in Aussicht, „in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen . . . befähigt werden" sollten. Seitdem sind die Berufsorganisationen der Arbeiter mächtig erstarkt; die politische Arbeiterbewegung hat, den Widerständen trotzend, große Dimensionen angenommen. Das kaiserliche Versprechen aber ist noch immer — 28 Jahre später — nicht eingelöst. Im Gegensatz zu den andern Erwerbsschichten — Industriellen, Großhändlern, Gewerbetreibenden, Handwerkern, Agrariern — sind die gegen Lohn arbeitenden Proletarier ohne öffentlich-rechtliche Interessenvertretung.

Endlich hielten die verbündeten Regierungen es für nötig, am 19. April 1918 den „**Entwurf eines Arbeitskammergesetzes**" im Reichstag einzubringen. Ernste Beratungen der interessierten Arbeiterorganisationen waren vorausgegangen. In den Zentralinstanzen der wichtigsten Gewerkschafts-Organisationen für Arbeiter und Angestellte konnte trotz vielfach geteilter Meinungen eine Verständigung in den Einzelheiten erzielt werden, und schon am 3. Dezember 1917 hatten die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Verband der deutschen Gewerkvereine Hirsch-Duncker, die Polnische Berufsvereinigung, die Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände einen sorgfältig ausgearbeiteten „Entwurf eines Gesetzes betreffend Arbeitskammern und das gewerbliche Einigungswesen" dem Reichskanzler unterbreitet. Zuversichtlich erwarteten die genannten Stellen, daß der überreichte Entwurf im Jahre 1918 die Grundlage der Beratung bei Schaffung von Arbeitervertretungen bilden würde. Man rechnete auf weitestgehendes Entgegenkommen der Regierung, war doch die starke Stütze, welche die Kriegspolitik der Regierung in der Arbeiterklasse fand und ohne welche von Anfang an diese Kriegspolitik schwer möglich gewesen wäre, nicht zuletzt gegründet in dem Verhalten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180523-10/fragment/page=0001
DFG

der maßgebenden Instanzen der organisierten Arbeiterschaft und der Angestellten.

Der von den verbündeten Regierungen eingebrachte Gesetzentwurf hat dieser enttäuscht. Der Entwurf der gewerkschaftlichen Zentralinstanzen ist unter den Tisch gefallen, ihre meisten und wichtigsten Vorschläge blieben unberücksichtigt, wichtige Anregungen des Deutschen Handelstages ist Folge geleistet worden. Es ist der Geist der Voreingenommenheit, der Bevormundung, der Mißachtung und des „zweierlei Rechts", welcher aus jedem Paragraphen des Regierungs-Entwurfs heraus spricht. Die Zentralinstanzen der Arbeiterverbände wünschten „zur Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer" Arbeitskammern, welche „für den Bezirk einer oder mehrerer Verwaltungsbehörden errichtet werden" sollten. Der Regierungsentwurf bringt „soweit ... ein Bedürfnis besteht" Arbeitskammern „auf fachlicher Grundlage". Nicht für die Arbeiterschaft aller Berufe innerhalb eines Bezirks soll eine Vertretung geschaffen werden. Zerrissen nach Branchen sollen die Arbeiter, von ihren spezifischen Berufsinteressen ausgehend, innerhalb der Arbeitskammern lediglich zu wirken imstande sein. Damit verlieren die geplanten Institute die Möglichkeit intensiven Schaffens im Interesse der gesamten Arbeiterklasse, und ihre Bedeutung sinkt auf ein Minimum. Nur auf territorialer Grundlage aufgebaut, können die Arbeitskammern werden, was sie sein sollen: Brennpunkte des sozialpolitischen Strebens und Wehens des organisierten Proletariats. Als im Jahre 1885 im Reichstag der große Arbeiterschutzgesetz-Entwurf Auer und Genossen mit seiner Forderung einer systematisch durchgeführten Organisation der Arbeit — Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter, Arbeitsräte, Bezirkskammern, Bezirksschiedsgerichte, jährlich stattfindende Arbeitskammertage, Arbeitsnachweise — zur Beratung stand, sagte Genosse Bebel: Dieser „Organisationsvorschlag ist der eigentliche Kernpunkt unseres Gesetzes. Mit dieser Organisation in der Hand werden wir imstande sein, alles übrige durch das Gesetz zu erlangen; darüber kann kein Zweifel sein." Diese durchaus zutreffende Kennzeichnung der von sozialdemokratischer Seite geforderten öffentlich-rechtlichen Arbeitsorganisation erklärt zugleich den Widerstand der Unternehmer, und diesem scharfen Widerstand hat sich die Regierung gebeugt. Bezirksarbeitskammern mit dem nötigen Ober- und Unterbau und ausgestattet mit weitgehenden Befugnissen müssen notwendig die Schädden des kapitalistischen Produktionsprozesses für das gesamte Proletariat so scharf und klar herausarbeiten und damit die Leiden und Schmerzen der Arbeiterklasse zum allgemeinen Bewußtsein bringen, daß der Schrei nach durchgreifender Sozialreform die regierenden Gewalten zum Handeln zwingen würde.

In dieser Erkenntnis verlangten die Zentralstellen der Berufsverbände nicht nur Arbeitskammern, welche die gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wahrnehmen sollten, sondern außerdem noch Arbeitskammern zum Zwecke der Wahrnehmung „der besonderen Interessen der Arbeitnehmer". Es wurden „Arbeitnehmerabteilungen" innerhalb der Arbeitskammern gewünscht. Die Regierungen lehnen die Bildung besonderer Arbeitnehmerabteilungen ab. Die Vertretung besonderer Arbeitnehmerinteressen wird zugelassen im Rahmen der allgemeinen, paritätisch zusammengesetzten Arbeitskammern, und nur wenn in besondere Arbeiterinteressen berührenden Fragen innerhalb der Gruppe der Arbeitervertreter eine Einigung nicht zu erzielen ist und wenn mindestens drei Viertel dieser Arbeitervertreter einen entgegengesetzten Standpunkt einnehmen, ist die Angelegenheit der Gruppe der Arbeiter zu gesonderter Beratung zu überweisen. Aber auch diese gesonderte Beratung wird nur möglich (§ 32 des Entwurfs), wenn vorher die Angelegenheit ein zweites Mal die Vollsitzung erfolglos beschäftigt hat. Die Berufsverbände wünschten, daß durch das Gesetz selbst die Arbeitskammern errichtet werden — der Regierungsentwurf überweist die Errichtung dem Bundesrat. Die gewünschte Einbeziehung der technischen und kaufmännischen Angestellten, der Werkmeister und der Handlungsgehilfen lehnt die Regierung ab, dafür wird die Errichtung besonderer Kammern für diese Proletarierschichten versprochen. Minderen Rechts sollen bleiben nach wie vor die Landarbeiter und die Masse der Hausbediensteten. Ein Recht auf Vertretung ist ihnen nicht zugesprochen. Die Arbeitskammern sollen keine Stätte sein, von der aus die himmelschreienden Mißstände, unter denen sie leiden, zur öffentlichen Kenntnis kommen. Die Mitwirkung bei der Regelung des Lehrlingswesens ist unter den Aufgaben der Arbeitskammern in § 3 des Entwurfs der Regierung nicht mit aufgezählt.

Recht drastisch kommt die Ausnahmebehandlung der Arbeiter im § 16 des Regierungsentwurfs zum Ausdruck. Es sind zum Mitglied der Arbeitskammern wählbar alle 25 Jahre alten Leute, wenn sie seit mindestens einem Jahre denjenigen Gewerbezweigen als Arbeiter oder Arbeitgeber angehören, für welche die Arbeitskammer errichtet ist und Arbeitnehmerstimmen im vorausgegangenen Jahre nicht bezogen wurde. Ein Arbeitersekretär ist nur wählbar, wenn er mindestens drei Jahre in den Gewerben, für welche die Kammer errichtet wird, gearbeitet hat und seit einem Jahr im Bezirk wohnt. Der Sekretär der Unternehmer-Organisation braucht im Gewerbe überhaupt nicht tätig gewesen zu sein. Es genügt, wenn er als Beamter der Unternehmer-Organisation ein Jahr sich betätigt hat und im Bezirk wohnt. Bei den Arbeitskammern, welche für die Verkehrsanstalten des Reichs und der Bundesstaaten errichtet wurden, sind Arbeitersekretäre nicht zugelassen.

Zu all' den Mängeln kommt noch die Einschnürung der Kammer in bureaukratische Bestimmungen. Will die Arbeitskammer zahlenmäßige Feststellungen durch Umfrage für eine größere Zahl von Betrieben oder Arbeitern machen, so bedarf es der Genehmigung der statistischen Zentralbehörde des Bundesstaates; erstreckt sich aber die Erhebung über die Grenzen des Bundesstaates hinaus, dann ist die Genehmigung des Kaiserlich Statistischen Amtes erforderlich. Der Haushaltsplan muß vorher von der Aufsichtsbehörde genehmigt sein, und jede Aufwendung, welche im Haushaltsplan nicht vorgesehen ist, ist verboten, wenn nicht besonders von der Aufsichtsbehörde Genehmigung erteilt wurde. Vollständig ignoriert wurde das Verlangen nach Schaffung einer positiven Grundlage der Arbeitskammern durch gesetzliche Vorschrift der Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen. Die Unternehmer haben nicht umsonst protestiert. Kein Wort steht im Regierungsentwurf von den so notwendigen Bezirksarbeitsämtern und dem Reichsarbeitsamt, ohne welche eine Zusammenfassung und damit eine Nutzbarmachung der Arbeit der Kammern nicht möglich ist.

Ueberaus mangelhaft sind die Bestimmungen über die Einigungsämter bei Lohnkämpfen.

Der ganze Entwurf stellt sich dar als ein unvollkommenes Gebilde, eine „Flickenarbeit", wie ihn mit Recht der Sprecher der Unabhängigen Sozialdemokratie, Genosse Brandes, bezeichnete.

Die freien Gewerkschaften kamen der Regierung weit entgegen, indem sie ihre grundsätzliche Forderung nach reinen Arbeiterkammern im Interesse einheitlichen Wirkens der verschiedenen Richtungen aufgaben. Wahrlich, dieses Entgegenkommen wurde schlecht belohnt — und bittere Worte mußte Legien im Reichstage sagen. Auch hier heißt es: Niederkämpfung des Widerstandes durch Erringung von Macht.

Das, was die Sozialdemokratie will, ist bekannt seit Jahrzehnten. Beginnend im April 1877 mit der Vorlage eines umfangreichen Gesetzentwurfes, haben die Bebel, Frische, Auer usw. des weiteren in den Jahren 1884, 1885, 1886 und 1899 immer und immer wieder ihre Forderungen präzisiert. Jene Forderungen sind mustergültig noch heute. Ihre Verwirklichung bedeutete die Schaffung einer den Arbeiterinteressen dienenden Interessenvertretung. Der Entwurf der Regierung kann diese Bedeutung nicht beanspruchen. Er bedarf einer gründlichen Umwandlung in der Kommission, an die er verwiesen wurde, wenn er einigermaßen befriedigen soll. (B. A.)

Der verwüstete Parlamentarismus.

Von Rud. Breitscheid.

Als Herr Dr. August Müller Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt wurde, war er sich nach seinen eigenen Aussagen nicht ganz klar darüber, ob er noch der sozialdemokratischen Partei angehore. Aber das hinderte nicht, daß die Mehrheitssozialisten diese Berufung als Symbol und als Bürgschaft freudig begrüßten. Sie galt als eine der Errungenschaften der Kriegspolitik, denn welche Vorurteilslosigkeit lag nicht in dieser Beförderung eines Mannes, der zum mindesten doch im Geruch sozialdemokratischer Gesinnung gestanden hatte! Sie galt auch als eine Garantie für die Zukunft, denn Dr. August Müller, mochte er sich nun noch an des Erfurter Programm gebunden halten oder nicht, mußte auf jeden Fall der „Neuorientierung" der deutschen Politik die wertvollsten Dienste leisten, und dem Parlamentarismus den Weg bereiten helfen.

Höchstens auf den Herrn v. Payer, der einige Monate darauf als freisinniger Repräsentant der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in die Regierung eintrat, wurden noch größere Hoffnungen gesetzt.

Vor kurzem ist nun eine Rede bekannt geworden, die besagter Herr Müller schon vor einigen Monaten in der Deutschen Gesellschaft von 1914 über das parlamentarische System gehalten, und die ein unglücklicher Zufall der breiteren Oeffentlichkeit bisher vorenthielt. Sie ist ein Bekenntnis, und zwar eins zu den schönsten Traditionen des Altvorjährigentums. Sie löst sich in einen Satz zusammenfassen: Der Parlamentarismus ist Schwindel und Verbrechen, sinnvoll und erhaben ist nur die Bureaukratie.

Der à la suite der Sozialdemokratie stehende Unterstaatssekretär kann mit seinen Ausführungen im allgemeinen keinen Anspruch auf Originalität erheben. Aehnliches wie er haben schon viele ihm an geistiger Bedeutung gleichkommende Staatsmänner im Verlauf des Krieges geäußert, und auch Sozialdemokraten, deren Mitgliedbuch sich im Gegensatz zu dem seinigen, soviel wie wir wissen, in bester Ordnung befindet — es sei nur an die Heilmann und Lensch erinnert —, haben über die parlamentarische Demokratie recht abfällige Bemerkungen gemacht. Abgesehen indessen von dem kürzlich im Reichstagsausschuß kritisierten und vom Kriegsminister preisgegebenen Instruktionsbuch für den vaterländischen Unterricht ist der Parlamentarismus kaum jemals so zerzaust worden, wie von diesem sonderbaren Vertrauensmann der Linken.

In England, so setzt Herr Müller auseinander, regiert eine kleine Gruppe von Grundbesitzer- und Kapitalistenfamilien. In Frankreich und Italien herrscht im Parlament eine mehr oder minder verhüllte kapitalistische Interessenclique. Nahezu überall ist mit ihm die Wandelganaintrige und ein widerliches Geschäftspolitikertum verbunden, dem das Mandat zu einem Mittel persönlicher Bereicherung wird. Das Parlament mag ein ausgezeichnetes und unentbehrliches Mittel zur Kontrolle der Verwaltung sein, seine Ausgestaltung zum maßgebenden Faktor aber wäre „im höchsten Maße bedauerlich", denn sie würde bei uns das in jeder Beziehung bewährte Regierungssystem der Bureaukratie zerstören. „In Deutschland," so ruft dieser ehemalige Marxjünger begeistert aus, „herrscht nicht der Kapitalismus, sondern herrscht die Bureaukratie, die von den Verwaltungsbeamten Kenntnisse und Pflichtgefühl verlangt und so verhindert, daß zum einbeutigen Interessenvertreter wird, wie wir es bei manchen westeuropäischen Ministern sehen."

Mit dieser Auffassung haben wir uns in den letzten Jahren so häufig auseinandergesetzt, daß es kaum nötig ist, um eines August Müller willen noch einmal von vorne zu beginnen. Das parlamentarische System ist für uns nicht das letzte Ziel der Hoffnung. Es ist nur eins der Mittel, mit denen wir unseren Zweck erreichen wollen. Wir wissen auch, daß der Parlamentarismus in England, Frankreich und Italien seine großen Schattenseiten hat, aber sie haben nichts mit der Idee der Regierung durch das Volk zu tun, sondern sie hängen zusammen mit dem bürgerlich-kapitalistischen Stadium, in dem sich die Verwirklichung dieser Idee in den genannten Ländern befindet. Der Kapitalismus herrscht dort durch das Parlament.

Was bei uns herrscht, ist derselbe Kapitalismus, der sich nur einer anderen Form, nämlich der Bureaukratie bedient. Die Frage ist, welche der beiden Herrschaftsformen dem arbeitenden Volke die größere Möglichkeit gewährt, den Staat in die Hand zu bekommen. Die Bureaukratie kann unter Umständen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete dem Proletariat Zugeständnisse machen, zu denen sich ein vom Kapitalismus beherrschtes Parlament schwerer entschließt. Sie wird aber immer das Volk als Objekt der Gesetzgebung und Verwaltung betrachten und ein Bollwerk gegen eine Regierung durch das Volk bilden. Das parlamentarische System kann die Selbständigkeitsregungen des Volkes hemmen, das bureaukratische System muß es nach seiner ganzen Natur, und selbst wenn wir die Bureaukratie als das Ideal ansehen, und nur den Wunsch hätten, an die Stelle der Vertreter der heute herrschenden Klassen Vertreter des arbeitenden Volkes zu setzen, so wäre auch dieses Ziel nur auf dem Weg über den Parlamentarismus zu erreichen.

Bleibt noch die Methode der russischen Revolution. Aber davon kann bei dem Herrn Unterstaatssekretär Müller um so weniger die Rede sein, als ihm ja das Volk überhaupt eine recht gleichgültige Sache ist. In einem Punkte besitzt er nämlich, was die Kritik am Parlamentarismus anbeht, Originalität: Er schätzt dieses System um so niedriger ein, je größer der Einfluß ist, den das Volk auf das Parlament ausübt. Einer der wesentlichsten Gründe, aus denen er seine Abneigung gegen eine Verstärkung der Macht des Parlaments verleitet, ist seine Abhängigkeit von den Wählermassen. Die Erstarrung, der die Parteien als solche unheimfallen, hindert die rechtzeitige Einstellung auch des Parlaments auf neue Aufgaben und notwendige Reformen, und — damit ist dann der Gipfel erreicht — die Starrheit der Wählerschaft wird um so größer sein, je unbeschränkter das Wahlrecht ist. In Wirklichkeit ist also nicht die kapitalistische Korruption, die uns den Parlamentarismus verachten lassen muß, sondern das Parlament ist schlecht, weil es ein Instrument des Volkes ist. Die Kanaille verdirbt der Bureaukratie ihre Konzepte. Das einzige, was diese neben sich dulden kann, ist ein unreformiertes Herrenhaus. So kommt's, wenn ein Gewerkschafts- und Genossenschaftsbureaukrat einen Sitz in der Regierung erhält.

Die Sozialdemokratie ist tot, es lebe die Sozialbureaukratie!

Herr Wilson redete wieder.

Nach einer Reuter-Meldung aus Neuyork hielt Präsident Wilson bei einer Kundgebung zugunsten des Roten Kreuzes eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Die erste Pflicht ist, den Krieg zu gewinnen, und die zweite geht Hand in Hand mit ihr. Es ist die, den Krieg groß und würdig zu gewinnen. Natürlich ist die erste Pflicht, an die wir immer denken müssen, bis sie erfüllt ist, den Krieg zu gewinnen. Ich habe jüngst sagen hören, wir müßten fünf Millionen Mann aufstellen. Warum sie auf fünf Millionen beschränken? Ich habe den Kongreß der Vereinigten Staaten aufgefordert, keine Grenzen zu nennen, weil der Kongreß, wie sicherlich wir alle, wünscht, daß jedes Schiff, das Mannschaften oder Vorräte befördern kann, auf jeder Reise mit soviel Mann und soviel Vorräten, als es tragen kann, beladen werden soll. Wir können von unserer grimmigen Entschlossenheit, den Krieg zu gewinnen, nicht durch irgendeine unaufrichtige Annäherung abgebracht werden. Ich kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß ich diese vertraulichen Mitteilungen geprüft und sie unaufrichtig gefunden habe. Ich erkenne sie jetzt als das, was sie sind, als ein Versuch, freie Hand, besonders im Osten, zu erhalten und Eroberungs- und Ausbeutungspläne zu verwirklichen. Jeder Versuchung über eine Verständigung im Westen schließt einen Vorbehalt bezüglich des Ostens ein. Was mich angeht, so will ich bei Rußland wie bei Frankreich stehen. Die Hilflosen und Freundlosen sind es, die Freunde und Unterstützung brauchen, und wenn irgendeiner in Deutschland glaubt, daß wir irgend jemand um unserer eigenen Sache willen opfern würden, so sage ich ihm, daß er im Irrtum ist.

Wilson fuhr fort, er sei überzeugt, daß kein hundertjähriger Friede das amerikanische Volk in solchem Maße hätte einigen können, wie dies eine Jahr es gezeigt habe. Das Schauspiel, das sich darbiete, sei der Kampf von vier Nationen, die selbstsüchtig nach Vergrößerung strebten, gegen 25 Regierungen, die den größten Teil der Welt darstellten und zu einer neuen Gemeinschaft der Zwecke sowie einer neuen Einheit des Lebens verbunden seien. Ein neuer Tag der Pflicht sei angebrochen, und diese Pflicht fordere, daß einer dem andern diene und daß keiner sich an diesem Kriege bereichere.

•

Die französische Presse zu Wilsons neuester Rede.

Bern, 21. Mai. (W. T. B.) Die Wilsonrede wird von der französischen Presse im allgemeinen günstig besprochen. Figaro meint, Wilson erkenne an, daß bisher kein ernsthafter Friedensvorschlag von den Regierungen der Mittelmächte gemacht worden sei. Die Aeußerungen Wilsons seien die Verurteilung jedes Pazifismus gegenüber einem unerbittlichen Feinde. Liberté erblickt in der Rede den Beweis, daß Wilson keineswegs ein Anhänger des Verständigungsfriedens sei. Populaire erfreut in der Rede eine Bestätigung der Balfourrede und bemerkt, natürlich versuche die reaktionäre französische Presse den Sinn von Wilsons Rede zu entstellen. Wilson habe seine Haltung seit dem Kriegseintritt Amerikas nicht geändert. Die einzig mögliche diplomatische Offensive der Ententemächte bestehe nach wie vor darin, die Mittelmächte zur Bekanntgabe ihrer Kriegsziele zu zwingen.

Unzufrieden äußert sich bisher einzig das sozialistische Journal de Peuple, nach dessen Ansicht Wilsons Erklärungen hinter denjenigen Balfours weit zurückbleiben. Es habe beinahe den Anschein, als ob Wilson sich zur Geheimdiplomatie und persönlichen Politik bekehrt habe. Um jeder Verantwortung zu entgehen, verschanze er sich in Sachen des österreichisch-ungarischen Friedensangebotes hinter dem Beschluß des französischen Parlamentsausschusses für Auswärtiges. Wilsons Aeußerungen, wonach Deutschland, wenn es Frieden wolle, seine Botschafter beauftragen solle, stehe im offenen Widerspruch zu Balfours Ausführungen. Wilson verwerfe dadurch jede mögliche Vermittlung und kehre zu den Forderungen der Knock-out-Politiker zurück, die nur mit einem um Gnade bettelnden Feind verhandeln wollen.

Haag, 22. Mai. (W. T. B.) Het Vaderland schreibt zu der Rede Wilsons: Das Tragische an der Sache ist, daß Präsident Wilson meint, was er sagt. Jedoch die Drahtzieher in Amerika wissen wohl, daß Amerika für sehr reale Dinge kämpft, daß die Verarmung und Schwächung Europas einschließlich Englands das Aufblühen Amerikas bedeutet, daß die Aussicht gestellt wird, sondern um für Amerikas Handel und Industrie nach dem Kriege ein europäisches und asiatisches Rußland zu erobern, um den gefährlichen deutschen Konkurrenten auszuschalten. Dazu wäre es gut, wenn Japan einstweilen in Sibirien eindränge, wenn nur Japan selbst nicht ein so gefährlicher Widersacher wäre.

•

Ein Aufruhrgesetz für Wilson.

Washington, 22. Mai. (Reuter.) Präsident Wilson hat das Aufruhrgesetz genehmigt, durch das die Regierung weitgehende Befugnisse erhält, um Handlungen und Aeußerungen, die gegen die Landestreue verstoßen, zu bestrafen.

Danach muß es mit der „Einigkeit des amerikanischen Volkes", vor der Wilson noch immer redet, doch nicht so arg weit her sein.

Soziales.

Drohende schwere Arbeitskämpfe in Schweden. In den nordschwedischen Bergwerken ist ein Konflikt von bedeutender Tragweite ausgebrochen. Die Bergarbeiter verlangen Lohnerhöhung und achtstündigen Arbeitstag. An der Bewegung sind über 3000 Mann beteiligt.

Auch in der schwedischen Bauindustrie ist die Lage ernst, da die bisherigen, in verschiedenen Städten des Landes geführten Verhandlungen kein Resultat gezeitigt haben. Man rechnet deshalb auch mit einem großen Bauarbeiterstreik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180523-10/fragment/page=0002

Politische Uebersicht.

Vergebliche Mohrenwäsche.

Wir haben seinerzeit schon darauf aufmerksam gemacht, daß der Vorwärts aus Anlaß einer Aeußerung Wilsons sich rückhaltlos auf die Seite der Machtpolitiker, der deutschen natürlich, gestellt hat. Der Vorwärts gab sich da wirklich ganz alldeutsch. Von Sozialismus, von sozialistischen Grundsätzen war keine Spur bei ihm zu finden. Wie zu erwarten war, hat das Vorwärts-Bekenntnis für einen deutschen Machtfrieden bei der Entente Oel ins Feuer gegossen. Das war willkommenes Futter für die Kriegshetzer drüben. Auch die französischen Sozialisten beschäftigten sich mit der Angelegenheit. Ein Havas-Telegramm vom 12. Mai lautete nach ausländischen Blättern:

„Vierzig Mitglieder der sozialistischen Parlamentsgruppe haben ein Manifest unterzeichnet, das ihre Uebereinstimmung mit dem Artikel feststellt, in dem Branting im Socialdemokraten dartut, daß sich die alte deutsche sozialdemokratische Partei infolge ihrer am 11. April im Vorwärts abgegebenen Erklärung selbst von der Internationale ausgeschlossen habe. Das Manifest nimmt das Geständnis dieser Partei, die sich endlich an der großen Unternehmung der pangermanistischen Herrschaft mitschuldig bekennt, zur Kenntnis. Nun ist, sagt das Manifest, blendende Klarheit geschaffen. Aber es wird der Vormarsch der deutschen Heere nötig gewesen sein; es wird nötig gewesen sein, daß der Glaube an eine nahe und unbedingte Entscheidung durch Gewalt die alte Partei auf jeden falschen Schein verzichten ließ, um endlich die Rolle begreifen zu dürfen, die sie seit nunmehr bald vier Jahren spielt. Das Manifest stellt fest, daß das Bekenntnis des Anschlusses dieser Partei an die kaiserliche Regierung in der am 4. August zutage getretenen Politik enthalten gewesen sei. Von jenem Zeitpunkt an war die Partei dem Sozialismus und der internationalen Solidarität fahnenflüchtig geworden. Von ihrem Verbrechen in Fesseln geschlagen, blieb ihr nichts anderes mehr übrig als die Folge mit in den Kauf zu nehmen."

Nun ist der Vorwärts hedebbert. Mit einer faulen Ausrede sucht er sich aus der Affäre herauszuschlängeln. Das offizielle Wolff-Telegraphenbureau habe Wilsons Aeußerungen ungenau übersetzt. Wilson habe nur von „äußersten Kraftanstrengungen" gesprochen. Diese Ausrede ist gotiwoll. Ob Wilsons Rede richtig übersetzt worden ist oder nicht, das kann uns als Sozialisten ziemlich gleichgültig sein. Unsere Politik ist bestimmt durch unsere Grundsätze. Der Vorwärts aber treibt grundsätzliche Politik nach der „Farbe", die Wolff bei Uebersetzungen aufträgt. Dieser Vorwärts ist wahrlich ein würdiger Führer der Scheidemannpartei!

Vertrauliche Verhandlungen des Bundesratsausschusses.

Im Reichskanzleramte tagte am Mittwochnachmittag unter dem Vorsitze des bayerischen Ministerpräsidenten von Dandl der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten. Ueber die Sitzung wird voraussichtlich nur der gewohnte inhaltslose Bericht gegeben. Auch sonst wird von den Teilnehmern strengstes Stillschweigen beobachtet. Wie man erfährt, waren der Reichskanzler und Unterstaatssekretär Kühlmann bei der Sitzung zugegen und machten eingehende Mitteilungen über die gesamtepolitische Lage, vornehmlich im Osten, die sich anschlossen an den Bukarester Frieden, dessen wirtschaftliche Bedeutung eingehend gewürdigt wurde. Weiter wurde berichtet über den Stand der türkisch-bulgarischen Verhandlungen, über unsere Beziehungen zu Finnland und zur Ukraine, sowie über die Verhandlungen im Hauptquartier wegen des weiteren Ausbaues des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses.

Fanatismus eines Gewerkschaftsführers.

Die Organisation der englischen Seeleute unter ihrem Führer Havelock Wilson ist durch die Weigerung, den Genossen Macdonald auf einem Dampfer die Fahrt nach Stockholm machen zu lassen, bekannt geworden. Sie zeichnet sich auch sonst durch kriegerische und nationalistische Beschlüsse aus. Ihre neueste Aufgabe sieht sie in dem Boykott von Firmen, die nach dem Kriege in Geschäftsverkehr mit Firmen der Mittelmächte treten. Fünf Jahre lang nach Friedensschluß wollen sie keine Güter nach oder von Deutschland verfrachten.

Diese Politik soll auch im Parlament durchgesetzt werden, und zu diesem Zweck will Havelock Wilson mit seiner Organisation nur diejenigen Kandidaten bei den Wahlen unterstützen, die sich mit der Politik des Verbandes bereit erklären. — Aber selbst wenn das Parlament die Ideen des Seeleuteverbandes nicht billigen und nicht durchführen wollte, gibt Herr Wilson seinen Plan nicht auf.

Wie sich Herr Havelock Wilson den Frieden vorstellt, wenn nach dem Kriege ein Wirtschaftskrieg einsetzt, ist uns unklar. Ganz selbstverständlich drängt ein solcher Waffenfriede mit gleichzeitigem scharfem Wirtschaftskampf zu neuen kriegerischen Auseinandersetzungen, und außerdem schädigt er die Arbeiterklasse des boykottierten Landes in hohem Maße. Aber für Herrn Havelock Wilson ist das gleichgültig, wenn es nur den britischen Seeleuten gut geht! Er hat von der Politik unsrer Gewerkschafts-Nationalisten gut gelernt.

Wieder zurück zu den Grundsätzen!

Man schreibt uns aus Baden:

Vor kurzem erfreute uns eine Zeitungsmeldung aus Freiburg mit der Nachricht, daß eine dortige Parteiversammlung der Abhängigen dem Referenten zustimmte, als er den Schluß seiner Ausführungen über die deutsche Sozialdemokratie in den Ruf zusammenfaßte: „Zurück zu den alten Grundsätzen der Sozialdemokratie!" Bei der nachfolgenden Wahl der Parteileitung wurde dieser Mahner zur Umkehr zum Vorsitzenden der Organisation gewählt.

In der 45. Sitzung der Zweiten badischen Kammer war es der Abg. Rösch, der sozialdemokratische Vertreter des oberländischen Bezirks Lörrach, der als Redner der Fraktion der Abhängigen mit seiner Stellungnahme zu einer Etatsvorlage sich in den Widerspruch zu den Rednern sämtlicher bürgerlichen Parteien setzte. Selbst der alte Demokrat Muser ließ sich verleiten, aus Rücksichten auf die Not des Krieges für die Unterstützung der Geistlichkeit aus Staatsmitteln zu reden und mit seiner Fraktion zu stimmen. Abg. Rösch (Abg. Soz.) sagte, nachdem ein Zentrumsredner es beklagte, daß Rösch namens seiner Fraktion sich nicht für die Zustimmung entschließen zu können erklärt habe, nach dem Stenogramm also:

„Ich habe ausdrücklich betont, daß wir die Gründe für die Gehaltsaufbesserung der Geistlichen durchaus würdigen . . . **Aber wir sind grundsätzlich durch den Beschluß unseres Parteitags hinsichtlich unserer Stellungnahme gebunden.**"

Es stimmten nur die drei im Plenum anwesenden Sozialisten gegen die Dotation an die Geistlichkeit. Ob die übrigen mit diesem Appell an die gewissenhafte Erfüllung eines Parteitagsbeschlusses grundsätzlicher Natur einverstanden waren, entzieht sich unserer Kenntnis. Bekannt ist aber, daß sich die Fraktion der Abhängigen der Zweiten badischen Kammer nicht entschließen konnte, gemäß den Parteitagsbeschlüssen das Budget abzulehnen. Sie erteilte diesmal sogar die Zustimmung, als die Regierung die „Neuorientierung" des sozialistischen „Aktionsprogramms" verworfen hatte und gemeinsam mit der Mittelgewalt die vom Abg. Strobel bekanntgegebenen Geheimerlasse zur ausnahmsweisen Außerkraftsetzung des Vereins- und Versammlungsrechts zu verantworten hat.

Man darf gespannt darauf sein, wie bei der nächsten badischen Landeskonferenz, die in Vorbereitung ist, der Ruf nach Umkehr der Umkehrer zu den alten bewährten Parteigrundsätzen aufgenommen wird. Die Großblockeit ist in Baden erloschen!

Gegen eine deutsche Durchdringung des Ostens.

Das chinesisch-japanische Bündnis.

Paris, 22. Mai. (W. T. B.) Aus Peking wird gemeldet, daß der chinesisch-japanische Vertrag, der am 16. Mai unterzeichnet wurde, bestimmt, daß die beiden Regierungen mit dem Zwecke, der Gefahr einer deutschen Durchdringung des Ostens zu begegnen, eine gemeinschaftliche Vereinbarung auf dem Fuße voller Gleichberechtigung unter der Bedingung gegenseitiger Hilfe und Unterstützung für die Gegenden abgeschlossen, wo ein gemeinschaftliches Vorgehen notwendig ist. Die chinesischen Behörden verpflichten sich, die Aufgabe der Japaner in den besetzten Gebieten zu erleichtern, während die Japaner sich verpflichten, die chinesische Souveränität und die Landessitten zu achten und das chinesische Gebiet unmittelbar nach Beendigung der Operationen zu räumen. Die chinesischen Truppen können außerhalb des nationalen Gebietes verwendet werden. Ueber die Frage, ob die chinesische Ost-Eisenbahn im Laufe der Operationen benutzt werden soll, werden die beiden Regierungen zu einer Uebereinkunft kommen.

Die deutsch-böhmischen Sozialdemokraten gegen die Kreishauptmannschaften.

Ihre Stellung zu der neuen Kreisverfassung, die die Regierung Seidler oktroyieren, hat die Landesparteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen am 15. Mai in Prag in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht:

Die Landesparteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen erhebt entschiedenen Protest gegen den Versuch der Regierung, durch die Einführung von Kreishauptmannschaften den Gedanken der nationalen Selbstverwaltung zu verfälschen und damit zugleich zu kompromittieren. Die Ernennung von fünfzehn Höfräten zu Kreishauptleuten und die Einfügung dieser Kreishauptmannschaften als neue bureaukratische Instanz in das Gefüge des ohnehin bankrotten Verwaltungsbureaukratismus steht zur Forderung nationaler Autonomie, nach der Schaffung einer Kreisverfassung mit nationaler und sozialer Selbstverwaltung im schroffsten Gegensatz. Denn diese bureaukratische Reform gibt den beiden Völkern im Lande Böhmen weder die nationale Selbständigkeit, noch das Recht demokratischer sozialer Selbstverwaltung, worauf es vor allem ankommt. Eine Obrigkeit mehr soll installiert werden, das ist alles.

Die Landesparteivertretung brandmarkt heute schon die Bemühungen der Nationalverhandler, die Einführung dieser Kreishauptmannschaften als einen Erfolg für das deutsche Volk in Böhmen auszugeben, als gewissenlosen demagogischen Schwindel und als Betrug am deutschen Volk in Böhmen, da diese bureaukratische Scheinreform nur die Wirkung haben kann, das Zustandekommen der Kreisverfassung auf demokratischer Grundlage, die allen Deutschen in Böhmen das gleiche Recht der Mitverwaltung sichert, zu erschweren und hinauszuschieben. Da die nationale Autonomie nur auf demokratischer Grundlage möglich ist, opfern diese deutsch-bürgerlichen Politiker lieber das Recht des deutschen Volkes auf nationale Selbstbestimmung, als daß sie es mit den Arbeitern der eigenen Nation teilen wollten.

Die Landesparteivertretung fordert daher die Vertrauensmänner im ganzen Lande auf, die Arbeiter über das Doppelspiel dieser deutsch-bürgerlichen Politiker aufzuklären, die noch vor kurzem feierlichst die Zweiteilung Böhmens, d. h. die Zusammenfassung Deutschböhmens zu einer vom tschechischen Sprachgebiet abgesonderten Verwaltungseinheit und somit die Teilung der bisherigen Landeseinheit forderten, und die nun die bureaukratische Scheinreform des Herrn v. Seidler ihren Wählern als eine deutsche Errungenschaft aufschwatzen wollen, obwohl diese Maßregel die Verwaltungseinheit und Unteilbarkeit des Landes aufs neue befestigt.

Die Landesparteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen erklärt neuerdings unter Berufung auf die Beschlüsse der Arbeitertage in Teplitz-Schönau und Prag, daß die Lösung des nationalen Problems nur in der nationalen und demokratischen Kreisverfassung und in der Vereinigung der in sich abgegrenzten nationalen Kreise einer jeden Nation zu einem Nationsganzen mit weitgehender Selbständigkeit und demokratischer Selbstverwaltung gefunden werden, und daß der Weg zu diesem Ziele nur über die auf die Einsicht und den freien Willen der Völker gegründete Verständigung führen kann. Die L.-R.-V. warnt daher vor einer Politik der Hintertreppen und Winkelzüge, die weder zum § 14-Absolutismus führt und die Verschärfung der nationalen Gegensätze zur Folge haben muß, und fordert von der Regierung die sofortige Einberufung des Parlaments und die Einbringung eines Gesetzentwurfes, der die Einführung der demokratischen Kreisverfassung, mit Kreisvertretungen und Kreisregierungen und Nationalkammern zum Gegenstand hat. Nur auf diesem Wege kann die Verständigung der Völker über ihr künftiges staatliches Zusammenleben erzielt und die Bahn für die großen gemeinsamen Aufgaben der Zukunft freigemacht werden.

Neue Demonstrationen der Tschechen in Prag.

Prag, 22. Mai. Gestern nachmittag haben auf dem Wenzelsplatze trotz des Verbots wiederum große Demonstrationen stattgefunden. Gegen Abend erreichten sie eine solche Höhe, daß die Wache einschreiten mußte. Die tschechische Menge brachte Hochrufe auf Wilson und auf Masarik aus. Trotzdem die Polizei den Wenzelsplatz abgesperrt hatte, wiederholten sich gegen 10 Uhr abends die Demonstrationen, die außer dem deutschfeindlichen einen antisemitischen Charakter trugen. Erst gegen Mitternacht konnte die Polizei zu Pferde und zu Fuß die Ruhe wieder herstellen.

Wien, 22. Mai. (W. T. B.) Den Blättern zufolge erschienen gestern abend die Abgeordneten Stanek und Tomaschek bei dem Ministerpräsidenten v. Seidler, um gegen die von der Regierung in Prag getroffenen Maßnahmen Einspruch zu erheben. v. Seidler erklärte, er werde sich über die einzelnen Beschwerdepunkte unterrichten, betonte jedoch, daß eine Zurücknahme der ergriffenen Maßnahmen ausgeschlossen sei.

Ein finnisch-schwedischer Staatenbund?

Von ihrem Stockholmer Mitarbeiter wird den Leipz. Neuest. Nachrichten geschrieben:

Finnlands Zusammengehen mit Deutschland hat in verschiedenen Kreisen Schwedens Verstimmung erregt. Die der Entente nahestehenden Kreise machen geltend, daß mit der überragenden Machtstellung Deutschlands in der Ostsee an Stelle der russischen Gefahr eine deutsche getreten sei, und daß es uns natürlich auch nicht Eroberungspläne in Skandinavien andichten können, so wird ihrerseits doch immer wieder die Befürchtung ausgesprochen, daß wir den russischen Markt ganz mit Beschlag belegen und Schweden damit wirtschaftlich das Wasser abgraben.

In an sich deutschfreundlichen aktivistischen Kreisen erkennt man den Wert des deutschen Eingreifens zwar durchaus an, aber als Unterströmung ist doch eine gewisse Eifersucht zu bemerken. Man kann ja nicht leugnen, daß sich Deutschland die Dankbarkeit der Finnen redlich verdient hat, wird aber auf der anderen Seite den Gedanken nicht los, daß Schweden dem finnischen Brudervolke an sich näherestanden hätte. Daß alles hätte anders kommen können, wenn die schwedische Regierung nur etwas weniger schlapp aufgetreten wäre, verhehlt man sich natürlich nicht.

Für die zukünftige Entwicklung im Norden und für dessen Verhältnis zu uns werden die nächsten Monate entscheidend sein. Mehrere Wege sind möglich. Bei der gegenwärtig im Wachsen begriffenen Verstimmung zwischen Finnland und Schweden ist es nicht undenkbar, daß sich ersteres zwar noch enger an uns anschließt, Schweden dagegen und Skandinavien der Entente in die Arme getrieben wird.

Die engen Beziehungen zwischen den beiden ehemaligen Reichshälften des alten Schweden lassen jedoch eine derartige Entwicklung wenig wahrscheinlich erscheinen. Eher wäre denkbar, daß in Finnland Kräfte ans Ruder kommen, die, um den deutschen Einfluß nicht überhand nehmen zu lassen, bewußt Anschluß an Schweden suchen. Deutschland würde sich dann in der Ostsee einem geschlossenen, mehr oder weniger deutschfeindlichen „Fennoskandia" gegenübersehen.

Aber auch umgekehrt ist es möglich, daß die jetzigen deutschfreundlichen Machthaber Schweden und damit Skandinavien in den deutsch-finnischen Ring hinüberziehen, daß im Norden ein geeinigtes „Fennoskandia" unter Anlehnung an Mitteleuropa entsteht. Für diese politisch ungeheuerlich großzügigste Kombination sind bereits eine ganze Anzahl Vorbedingungen politischer wie wirtschaftlicher Natur gegeben. Ob freilich sich Schweden unter seiner jetzigen Regierung zu einem derartigen Schritt entschließen wird, muß bezweifelt werden. Jedenfalls bietet sich unserer Diplomatie hier ein weites, verantwortungsreiches Feld der Tätigkeit. Es gilt das althergebrachte, gute Verhältnis zwischen Schweden und Deutschland zu wahren, die Gegensätze zwischen Finnland und Schweden auszugleichen und Mitteleuropa in einem einigen Fennoskandia den nötigen Flankenschutz zu sichern.

Kleine politische Nachrichten.

Verstaatlichung des Bergbaues in Bayern. München, den 22. Mai. Dem Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Aenderung des Berggesetzes nebst Begründung zugegangen. Der Entwurf schlägt in seinem wichtigsten Teil vor, zur Sicherstellung der Interessen der Allgemeinheit die Aufsuchung und Gewinnung von Eisen, Manganerzen, Braunkohlen und den in der Pfalz vorkommenden Steinkohlen dem Staate vorzubehalten.

Kleine Anfrage wegen des Kölner Fliegerangriffs. Berlin, 22. Mai. (W. T. B.) Wegen des Fliegerangriffs auf Köln am 18. d. M. hat der Abgeordnete Kuchoski (Zentr.) eine Anfrage an den Reichskanzler gerichtet, ob dieser bereit sei, eine Feststellung darüber zu veranlassen, ob und weshalb eine Warnung nicht rechtzeitig habe erfolgen können.

Zum Vertragsabschluß mit der Schweiz schreibt die Nordd. Allgem. Ztg.: Das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz wurde gestern unter dem Vorbehalt der Ratifizierung durch die beteiligten Regierungen abgeschlossen. Deutscherseits wird mit großer Befriedigung festgestellt, daß es trotz mancher Schwierigkeiten und trotz aller feindlichen Störungsversuche gelang, eine befriedigende Lösung zu finden, die den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverkehr wiederum für längere Zeit auf eine solide Grundlage stellt. Das Abkommen ist entstanden aus dem Bestreben, das die beiden befreundeten Völker seit Beginn des Krieges befolgt haben, zwischen den beiderseitigen dringenden Interessen einen billigen Ausgleich zu schaffen.

Als Spion verurteilt. Berlin 22. Mai. (W. T. B.) Wegen Spionageverdachts ist durch Urteil des Reichsgerichts der Schweizer Staatsangehörige Mechaniker Fritz Wüthrich zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Wüthrich war durch einen englischen Agenten in der Schweiz gedungen worden, bei Flugzeugwerken Arbeit zu suchen, Truppentransporte auszuspähen und über solche in einer verabredeten Ziffern- und Zeichensprache zu berichten, gleichzeitig auch in den Flugzeugwerken Sabotage zu verüben. Anfangs dieses Jahres reiste er unter falschem Namen ein, wurde aber alsbald festgenommen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Wiederaufnahme der Arbeit durch die französischen Munitionsarbeiter. In der Humanité bespricht Thomas die Wiederaufnahme der Arbeit in den Munitionsfabriken. Die Arbeit wurde eingestellt, um gegen die Mobilisierung der französischen Arbeiter und die Ersetzung durch Amerikaner zu protestieren. Erst durch das Versprechen der Regierung, daß die mobilisierten Franzosen nicht durch Amerikaner ersetzt werden, entschlossen sich die französischen Arbeiter in den Munitionsfabriken, die Arbeit wieder aufzunehmen. Trotzdem ist eine Ersetzung der mobilisierten Franzosen durch andere Arbeiter unvermeidlich, wenn nicht die gesamte Munitionsfabrikation gestört werden soll. (T.-U.)

Beschlagnahme der gesamten Getreideernte in Italien. Bern, 22. Mai. (W. T. B.) Ein Dekret ordnet für Italien die Requisition der gesamten Getreideernte abzüglich der für die neue Aussaat und zum Selbstverbrauch der Produzenten notwendigen Mengen an.

Um die Durchführung der gleichen Maßnahmen wird Deutschland in diesem Jahre auch nicht herumkommen.

Straßenkämpfe in englischen Städten. Das Berner Tageblatt meldet den L. N. N. zufolge aus London, daß neue Arbeiterunruhen in Bristol stattfanden. Zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung mußte Militär aufgeboten werden. Dabei kam es zu Straßenkämpfen, denen 14 Arbeiter, darunter der Vorsitzende des Transportarbeiter-Verbandes, zum Opfer fielen. Größere Unruhen fanden auch in Cardiff statt.

Man muß weitere Meldungen abwarten, um zu sehen, ob es sich hier um politische Kämpfe handelt. Bristol und Cardiff sind die größten Städte Westenglands.

Streikdrohung englischer Berg- und Transportarbeiter. Haag, 22. Mai. (Drahtmeldung.) Holl. Nieuws-Bureau meldet aus London: In der Versammlung der Bergarbeiter in Northumberland wurde gestern eine Entschließung angenommen, daß sämtliche Arbeiter in den Kohlenminen, bei der Eisenbahn und den übrigen Transportwegen einen allgemeinen Streik veranstalten werden, wenn nicht sämtliche Kohlenwerke innerhalb sechs Monate nach Kriegsende verstaatlicht werden.

Wie es in Finnland nach dem Siege der Weißen aussieht, darüber heißt es in einem Artikel der J. K.: Die gegenwärtige Regierung Finnlands hat sämtliches den Gewerkschaften, Genossenschaften oder sonstigen Arbeiterorganisationen gehörende Vermögen in den von der Revolution betroffenen Gebieten unter behördliche Verwaltung gestellt. Dem Landtage soll alsbald eine Vorlage über Einschränkung der Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit zugehen. Gegen sämtliche Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion — mit Ausnahme von 6—7 — wird Anklage wegen Hochverrats erhoben werden, und diejenigen, deren man habhaft werden konnte, sind bereits verhaftet worden. An den gegenwärtigen Landtagsverhandlungen nehmen nur noch drei sozialdemokratische Abgeordnete teil — gegenüber 95 vor dem Revolutionsversuch.

Briefkasten der Redaktion.

Streitende Genossen. Natürlich ist es strafbar, wenn jene „Volksgenossen" weniger abliefern, als sie an Kartoffeln, Milch usw. erzeugen und das übrig Gebliebene im Schleichhandel vertreiben.

S. S. 19. Sie müßten mitkämpfen, wie ein anderer Soldat. — Wenn Sie bei dem Werke nicht arbeiten, ist dasselbe auch nicht verpflichtet, freie Wohnung zu gewähren. Es kann Räumung der Wohnung verlangt werden.

Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Kilian. Verantwortlich für Anzeigen Hermann Schulz. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180523-10/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 7/8 Uhr. 651

Gastspiel: **Leipziger Sänger.**

Vollständig neuer Spielplan!

Glänzende Schlager u. a.:

Wenn Du noch eine Mutter hast!

Lebensbild von G. Mielke.

„Frühling, Sommer, Herbst u. Winter". Gr. Verwandlungsduett.

Kukuleï, d. Hilfsdienstpflichtige!

Solovortrag von E. Wolhmann.

Der Tannenzweig als Liebeszeichen.

Posse mit Gesang.

Die Kohlennot.

Solo-Vortrag von Direktor Seidel.

Kasse von 10—1 und 4—6.

Pfälzer Schießgraben.

Täglich: **Großes Frei-Konzert**

der gesamten Görlach'schen Kapelle.

Anfang abends 7½ Uhr. 638

Ganz neues patriotisches Programm.

Ergebenst ladet ein **Karl Henkelmann.**

Volkshaus Jessnitz.

Sonntag, den 26. Mai 1918,

abends Punkt ½8 Uhr:

Gr. vaterländischer Unterhaltungs-Abend

der beliebten

Meysel-Sänger-Gesellschaft

mit vollständig neuem, zeitgemäßem Programm.

u. a.: *361

Auf der Hochzeitsreise. Urkomisch.

Der doppelte Freier. Schwank in 1 Akt.

— Eintrittspreise und Kartenverkauf bekannt. —

Es ladet ergebenst ein **Die Verwaltung.**

Holzarbeiter-Verband Halle.

Sonnabend, den 25. Mai 1918,

abends 8 Uhr,

im Gewerkschaftshause, Harz 42/44:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag über: „Unser Tarifwesen."
2. Die Antwort des Arbeitgeber-Schutzverbandes auf unsere Eingabe betr. Arbeitszeitverkürzung.
3. Sonstige Verbands-Angelegenheiten.

640

NB. Die Besichtigung des Ringplatzes findet am Sonntag, den 26. Mai, in drei Gruppen statt, und zwar um 8, 9 und 10 Uhr vormittags. — Karten zu der Besichtigung sind auf dem Bureau zu entnehmen.

Um zahlreiche und pünktliche Beteiligung an beiden Veranstaltungen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Johannes Thurm.

646 Glauchaerstraße 79.

Freitag vormittag: Nr. 1201—1500.

Zahn-Atelier Frau v. Schulz

Sprechstunde v. 9—6 Uhr abends.

Steinweg 52. 33

U. T. Lichtspiele, Alte Promenade 11a.

Fernruf 5736.

Ab Freitag, den 31. Mai 1918:

652 Gastspiel der Lichtspieloper

„Der Waffenschmied"

Komische Oper in 3 Aufzügen von Albert Lortzing, unter persönlicher Mitwirkung von etwa 15 erstklassigen Künstlern und Künstlerinnen.

Textbücher sind an unseren Kassen zum Preise von 10 Pf. — erhältlich. —

Schmeerstr. 5. **P.T** Schmeerstr. 5.

Heute, 643 zum letzten Male:

4 Akte. **Das Polarwunder.** 4 Akte.

Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag.

? Trilby ? Grosses Drama in 5 Akten mit: Clara Kimball Young.

!!! Komtesse Hanne !!!

Decla-Lustspiel i. 3 Akt. — Hauptrolle: Hanne Brinkmann.

Und das übrige Humor-Programm.

Kühler Aufenthalt! Ventilation!

Kinder-Vorstellung: 4—6 Uhr.

Apollo-Theater.

Sommer-Operetten-Spielzeit 1918.

Künstl. Leitung: Walter Ries.

Heute, zum letzten Male, in neuer Ausstattung:

„Der Glückspilz"

Operette in 3 Akten von Impekoven und Granichstädten.

Musik von Josef Königsberger.

Freitag, den 24. Mai, abends ½8 Uhr: **In glänzender Ausstattung, unter persönlicher Leitung des Komponisten:**

„Das blonde Glück".

Orientalische Operette in 3 Akten von Herman und Julius Brandt.

Musik von **Willy Ortmann.**

Regie: Direktor Walter Ries.

Am Dirigentenpult: Der Komponist W. Ortmann.

Ständiges Repertoirstück des Bremer Stadttheaters.

Hauptpartien: Lotti Voss-Fuss, Ilse Grosser, Erika Fels, Agnes Meissner-Carlo, Adalbert Lieban, Fritz Tuchauer, Carl Kliewer, Edmund Ferry, Hans Wengefeld etc. etc.

Bis September den letzten

:: Karbid ::

Derselbe ist sofort abzubolen bei

Aug. Kraft, Halle (S.),

Steinweg 51, Geiststr. 49.

Eisleben, Hallischestraße 60, Weissenfels, Nicolaistraße 33, Nordhausen, Bauterstraße 24, Hettstedt, Bahnhofstraße 2—4 590 u. s. w.

Gebr. Möbel, Federbetten, auch Pfandscheine kauft 549 E. Dippold, Gr. Ofenstr. 12, p.

Stadt-Theater Halle

Freitag, den 24. Mai 1918:

Gloria Arsena.

Oper in vier Bildern von Aug. Enna.

644 Sonnabend, den 25. Mai 1918:

Das Dreimäderlhaus.

Thalia-Theater.

Gastspiel d. Stadttheater-Personals

Sonntag, den 26. Mai 1918,

645 abends 7½ Uhr:

Hans Huckebein.

Schwank von Blumenthal und Kadelburg.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler

und andere gewerbliche Arbeiter, Hamburg.

(Zahlstelle Halle a. d. S.).

Sonnabend, 25. Mai im „Riebeck-Bräu" (Engl. Hof), Gr. Berlin, abends 8½ Uhr:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Aufstellung eines Kandidaten zur 24. General-Versammlung in Würzburg.
2. Kassen-Angelegenheiten.

641

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Orts-Verwaltung.**

Einladung

zur ordentlichen Ausschuß-Sitzung der Innungs-Krankenkasse der Bau-Innung zu Halle (S.) und den Saalkreis

am Donnerstag, 30. Mai 1918, abends 8 Uhr *364 im Restaurant „Pfälzer Schießgraben", Robert Franzstraße 16.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Bericht über die Kassenprüfung und Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsführung.
3. Wahl der Kassenprüfer für das Jahr 1918.
4. Genehmigung des Haushaltplanes für das Jahr 1918.
5. Personalsachen und Geschäftliches.

Halle (S.), den 22. Mai 1818.

Innungs-Krankenkasse der Bauinnung zu Halle a. d. S. und den Saalkreis. Hermann Pfeifer, Vorsitzender.

Kräftige Tomatenpflanzen, à 15—25 ₰, empfiehlt Schäfer, Gärtnerei, Dölnitz. 631

Rechtsfragen bei Todesfällen.

Reicher Inhalt.

Erläutert von Alfred Peikert, Arbeitersekretär.

Preis 40 Pf., Porto 5 Pf.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung,

Halle (Saale), Harz 42/44.

---

*363 **100 Postkarten**

Blum-, Kopf-, Landsch-, Kunst-, Liebesk. usw. 5 M., Prachtsort. 7.50 M. P. Wagenknecht Verlag, Leipzig.

Moden-Zeitungen

in großer Auswahl.

Volksbuchhandlung

Halle a. d. S., Harz 42/44.

Belohnung

dem, der uns das gemeine und feige Subjekt nachweist, welches uns immer erneut das Firmenschild an unserem Briefkasten im Gewerkschaftshause herunterreißt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Die Ortsverwaltung. 650

Amtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von Quark.

Am Freitag den 24. Mai 1918 erfolgt der Verkauf von Quark an diejenigen Haushaltungen, welche für ihre Kinder vom 6. bis 12. Jahre auf den Abschnitt 5 des Einkaufsscheines über Molkerei-Erzeugnisse Quark noch nicht bekommen haben. Der Verkauf erfolgt noch nach den alten Lebensmittelscheinen, und zwar in folgender Ordnung: Für die Nrn. 1—7000 bei dem Milchhändler Harnisch, Schülershof 11; für die Nrn. 7001—14000 bei dem Milchhändler Krebs, Lerchenfeldstraße 22; für die Nrn. 14001—21000 bei dem Milchhändler Brockhaus, Ludwigstraße 26.

Für jedes Kind vom vollendeten 6.—12. Lebensjahre, für welches auf den obenbezeichneten Abschnitt Quark noch nicht bezogen ist, wird ½ Pfund zum Preise von 87 Pfg. abgegeben.

Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten. Gefäße sind unbedingt mitzubringen.

Halle, den 22. Mai 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Morgentrank in der Talamtschule, am Freitag, den 24. Mai 1918.

Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der alten Lebensmittelscheine 63001—67000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 67001—70000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ein ½ Pfund-Paket zum Preise von 45 Pf. abgegeben. Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld bereithalten.

Halle, den 23. Mai 1918. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Freitag den 24., Sonnabend den 25. und Montag den 27. Mai 1918 bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangende Marmelade abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 23. Mai 1918. **Der Magistrat.**

Arbeitsmarkt

Zeitungsausträgerin für Diemitz

zum 1. Juni 1918 gesucht.

Meldungen erbittet

Die Preß-Kommission:

Hermann Weber, Glauchaerstr. 40.

Ordentl. Flickfrau

zum Ausbessern von Wäsche u. Kleidung wird **gesucht.**

Zu melden nachmittags zwischen 1—3 Uhr bei

Frau Arno Heckert, Gr. Ulrichstr. 36 I.

Maschinist und Heizer

mit **Installation** und **elektrischen Licht- und Kraftanlagen** vertraut, zum baldigen Antritt **gesucht.** *352

Städtisches Alters- und Pflegeheim, Beesenerstr. 16.

Lehrlings-Gesuch.

Einen Lehrling sucht unter sehr günstig Bedingungen. Auch finden

2 Tischlergehilfen

auf Möbel. Beschäftigung. *362

Otto Schmidt,

Tischlermeister, Bockwitz.

Mädchen, 14—16 Jahre, in gute Stellung gesucht. 642

Brunswarte 36, Gauert.

Schulmädchen zum Wegelaufen sofort gesucht *366

Pritschow, Hemburgerstr. 28.

Familien-Nachrichten.

Tieferschüttert erhielt ich die traurige Nachricht, daß am 13. Mai cr. mein lieber Mann, der treusorgende Vater seiner 3 Kinder, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Landsturmmann 649

Jos. Stehr,

durch Unglücksfall im Felde im 39. Lebensjahre sein Leben lassen mußte.

Er folgte seinem Schwager nach 4 Wochen in den Tod.

In tiefer Trauer

Frau M. Stehr, geb. Salzer,

Kinder und Angehörige.

Halle a. S., Kuhgasse 9 p., und im Felde, den 23. Mai 1918.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, des Drehers

Felix Neugebohrn

sage ich namens der trauernden Hinterbliebenen herzlichen Dank. *367

Halle (S.), Weißenburgstr. 16, b. 23. 5. 1918.

Frau Wilhelmine Neugebohrn

geb. Schnelle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191805 23-10/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 23. Mai 1918.

Woher den Mut?

Wie hungrige Köter haben sich die regierungssozialistischen Blätter auf den „fetten Bissen" gestürzt, den ihnen der ehrenwerte Schmok Heilmann in seiner J. K. hinwarf, als ihm von Gesinnungsgenossen aus dem Reichstage jene Auslassung unseres Genossen Albrecht überbracht worden war, die sich auf das Ergebnis der Wahl in Zwickau-Krimmitschau bezog. Allen voran natürlich das Hallische Blättchen der Scheidemänner, das die „Affäre" wohl nicht nur deshalb ausschlachtet, weil es seinem Hintermann Thiele gefällig sein will, dem der Einfluß des Genossen Albrecht in Halle und dem Bezirk besonders unangenehm ist: dem es wohl auch vor allem darauf ankommt, in bürgerlichen Kreisen ein paar neue Bezieher zu gewinnen. Denn die braucht die Volksstimme sicher dringend nötig, sonst hätten die Thiele, Garbe und Drescher wohl nicht schon vor Monaten den Plan fertig gemacht, die Volksstimme am 31. März eingehen zu lassen.

In allen Aufmachungen wird den Lesern dieses sterbenden Blättchens der „Fall Albrecht" serviert. In der des Vorwärts, in der der International. Heilmann-Korrespondenz, und schließlich auch noch einmal, wohl zum dritten oder vierten Male, in eigener. Für uns ist die Sache lange erledigt, wahrscheinlich auch für jeden anständigen Menschen in Partei-, vielleicht sogar auch in bürgerlichen Kreisen. Wenn wir uns mit den Auslassungen und Verdächtigungen des Heilmann überhaupt befaßten, so nur zu dem Zweck, festzustellen, wie skrupellos dieser geschundene Raubritter zu Werke geht, wenn es gilt, die Unabhängige Sozialdemokratie und ihre Vertrauensleute zu verdächtigen. Daß im Falle Albrecht die J. K. den wesentlichsten Bestandteil der Aeußerung im Reichstage unterschlagen hat, ist feststehende Tatsache, und wir haben mit unserm Widerspruch nichts anderes bezwecken wollen, als die J. K. und ihre Nachbeter zu zwingen, von der ganzen Aeußerung Albrechts über die Massen Notiz zu nehmen. Den Genossen Albrecht zu schützen, das hat das Volksbl. gar nicht nötig, dazu ist er selbst Mannes genug, ihn „weiß zu waschen" schon lange nicht. Die Massen in Halle und anderswo, die von der Volksstimme zum großen Leide ihrer Gründer und Nutznießer so wenig wissen wollen, daß das Blättchen in der Ulrichstraße nicht leben und nicht sterben kann und in richtiger Einschätzung dieser Tatsachen zum Quartalswechsel am 1. April schon Selbstmordsabsichten auszuführen gedachte, die Massen der Arbeiter wissen, was Genosse Albrecht will und was er für eine Meinung von der Masse hat. Wenn die Volksstimme aber am Mittwoch meint, „man muß sich überhaupt fragen, woher Albrecht den Mut nimmt" — nämlich den Mut, sich vor gemeinen Verdächtigungen zu schützen! —, dann möchten wir doch zurück fragen, woher der Redakteur der Volksstimme denn eigentlich den Mut nimmt, eine solch' dreiste Sprache gegen die Unabhängige Partei und ihre Vertrauensmänner zu führen, wie er's zu Beginn seiner Hallenser Tätigkeit und auch jetzt wieder zu tun beliebt. Wir meinen, er sollte ein wenig vorsichtiger sein, und lieber seine ganze Kraft daran wenden, um zu verhüten, daß er nicht andauernd die Kuckuckseier anderer, nämlich der drahtziehenden Hintermänner, ausbrüten muß.

Schmiere statt Kunsthonig.

Die Korrespondenz Verbrauchswirtschaft im Kriege schreibt: „Kunsthonig darf nur in fester Form hergestellt werden, er darf nur in fester Form und nur unter der Bezeichnung als Kunsthonig unter Ausschluß von Bezeichnungen, die den Eindruck echter Honigware erwecken können, in den Verkehr gebracht werden." (Absatz 1 des § 1 der Verordnung über Kunsthonig vom 14. 11. 16 und 7. 12. 17.)

Gegen diese klare Vorschrift wird ständig verstoßen, und was in manchen Städten den Einwohnern bei den letzten Verteilungen an Kunsthonig geboten worden ist, verdient allenfalls den Namen Schmiere. Es kann ohne Untersuchung natürlich nicht festgestellt werden, ob es sich lediglich um Fabrikationsfehler handelt oder ob nicht die Dünnflüssigkeit aus einem zu geringen Zuckergehalt zu erklären ist. Jedenfalls erscheint es ganz unbegreiflich, daß die Städte oder Kommunalverbände nicht mehr darauf halten, daß der von den Fabrikanten gelieferte Kunsthonig auch den erlassenen Bestimmungen entspricht. Ganz besonders arg war es jetzt in Berlin-Schöneberg. Die beiden letzten Lieferungen waren schlecht, namentlich aber die von der Firma Georg Grand gelieferte Ware. Dieser Nahrungsmittelfabrikant hat ja erst kürzlich durch seinen Prozeß wegen der Herstellung einer vom gerichtlichen Sachverständigen als „ekelerregende, widerliche Masse" bezeichneten Marmelade, die aus Carragheenmoos, Süßstoff, Pomeranzenschalen und sehr viel Wasser bestand, Aufsehen erregt. Wenn in dem Verfahren auch schließlich Freispruch erfolgte, weil er ein günstiges Chemikerurteil über dieses „Nahrungsmittel" vorlegen konnte, so sollte eine Stadtverwaltung gegenüber einem solchen Betriebe doch besondere Vorsicht walten lassen und nicht unbesehen die Ware abnehmen, wie es offenbar hier geschehen ist.

Daß besserer Kunsthonig hergestellt werden kann, beweisen die Produkte anderer Fabriken. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen verlangt mit Recht, daß die Kommunalverbände mit allen Mitteln für die Innehaltung der Bundesratsverordnungen vom 14. 11. 16 und 7. 12. 17 eintreten, und dazu gehört in erster Linie, daß sie jedem Hersteller die nicht vorschriftsmäßige Ware zurückgeben und für seinen Ausschluß von der Zuckerbelieferung eintreten. Der Zucker ist ein so wichtiges Nahrungsmittel, daß er nur ganz zuverlässigen Betrieben zur Verarbeitung anvertraut werden darf.

---

* **Die städtischen Steuern und Gebühren genehmigt.** Die für das Rechnungsjahr 1918 von den städtischen Körperschaften beschlossene Erhebung von Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer und zu den Realsteuern sowie von Kanalbenutzungsgebühren hat die Genehmigung der zuständigen Behörden erhalten. Es werden laut Bekanntmachung des Magistrats vom 22. d. M. demgemäß im Rechnungsjahre 1918 erhoben: a) 220 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer unter Freilassung der ein Einkommen von 420 bis 660 Mk. umfassenden Steuerstufe; b) 221 Prozent des Ertrages der staatsseitig veranlagten Grund- und Gebäudesteuer in Form einer Gemeindegrundsteuer von 6,8 Prozent des jährlichen Nutzungswertes der steuerpflichtigen Grundstücke, c) 226 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer = 202 Prozent der sie aus der besonderen Gewerbesteuerordnung der Stadt Halle ergebenden Steuersätze, d) 100 Prozent der staatlich veranlagten Betriebssteuer, e) neben der für die Ableitung von Fäkalien bestimmten festen Gebühr von ½ Prozent des Nutzungswertes des Grundstücks eine Kanalbenutzungsgebühr von 1,5 Proz. des Nutzungswertes der angeschlossenen Wohnungen. — Bürger, tut Geld in euren Beutel!

* **Die Handelskammer zu Halle** befaßte sich in ihrer letzten Zusammenkunft auch mit der Linienführung des Mittellandkanals und dem Ausbau der Saale. Kaufmann und Stadtv. Manschewski als Berichterstatter legte dar, es könne sich nur darum handeln, ob man den Mittellandkanal in erster Linie für den Durchgangsverkehr vom Westen nach dem Osten bauen wolle, dann müsse man die kürzeste Linie Hannover-Genthin wählen, oder aber, man rechne dabei auf möglichst starken Verkehr, auf größte Umschlagsmöglichkeiten, dann könne nur die Südlinie in Frage kommen. Alle anderen Linien erfüllen keinen von diesen Zwecken. Ministerialdirektor Sympher vertrete anscheinend auch den Standpunkt, daß zunächst die Südlinie zu bauen sei und erst, wenn ihre Leistungsfähigkeit erschöpft sei, könne man für den raschen Durchgangsverkehr West-Ost eine Nordlinie schaffen. Der Referent verlangte, daß die Saale für Schiffe von 1000 Tonnen schiffbar gemacht werde, während sie jetzt nur für 400-Tonnen-Schiffe reiche. Nach einem Plan, der unlängst in Halle eine Kommission beschäftigt hat, solle die bisherige Schiffssaale in Halle selbst ausgeschaltet und die Stadt Halle selbst umgangen werden, indem man von Böllberg aus im Zuge der wilden Saale diesen Flußlauf geradlinig nach Giebichenstein durchführe. Unterhalb Halle seien Begradigungen vorgesehen, deren Kosten allerdings sehr hoch seien. Wie Syndikus Dr. Pfahl bemerkte, will man Schleusen, die ganze Schleppzüge aufnehmen können, in die Saale einbauen. Weiter sei geplant, die Saale über Merseburg hinaus bis zur Unstrutmündung, also etwa bis Naumburg, zu kanalisieren. Die Handelskammer entschied sich nach dem Vorschlag des Berichterstatters für die Südlinie des Mittellandkanals.

* **Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Halle** hat soeben ihren Geschäftsbericht auf das Jahr 1917 herausgegeben. Er ist wesentlich kürzer gehalten wie in anderen Jahren; so fehlt z. B. jede textliche Bearbeitung des Stoffes. Aus den Tabellen geht hervor, daß die Mitgliederzahl ungefähr die gleiche geblieben ist wie 1916; sie betrug Ende 1917 insgesamt 34 077, und zwar 12 831 männliche und 21 246 weibliche. Der Voranschlag auf 1917 ist im großen und ganzen eingehalten worden; die Reineinnahme betrug 1 460 787 Mk., die Reinausgabe 1 479 807 Mk. Erstere ist um rund 170 000 Mk., letztere um rund 200 000 Mk. gestiegen. Die Ursache ist darin zu finden, daß die Mitglieder durch die höheren Löhne in höhere Klassen kamen, wodurch Beiträge und Krankengeld stiegen. Das Vermögen der Kasse verminderte sich von 756 211 Mk. am Schlusse des Jahres 1916 auf 743 678 Mk. am Schlusse des Jahres 1917. Es ist zu 638 568 Mk. in Wertpapieren, vorzugsweise Kriegsanleihen, angelegt. Der Bericht enthält noch die Namen von 54 Arbeitgebern, die trotz aller Maßnahmen (Zwangsbeitreibung usw.) die Kassenbeiträge für die Versicherten nicht entrichteten. Dadurch sind der Kasse 1944 Mk. verloren gegangen. Die Kassenverwaltung hat wieder eine Satzungsänderung in Vorbereitung.

* **Die amtlichen Bekanntmachungen zur Lebensmittelversorgung** in vorliegender Nummer kündigen an den Verkauf von Morgentrank und Quark.

* **Freiwillige Zähler zur Wohnungszählung** am 31. Mai werden noch notwendig gebraucht. Anmeldungen sind schriftlich oder mündlich an das Statistische Amt, Stadthaus, Eingang Schmeerstraße, III. Stock, zu richten. Es wird erwartet, daß alle Personen, die irgendwie imstande dazu sind, sich im vaterländischen Interesse als freiwillige Zähler zur Verfügung stellen und sich umgehend anmelden, soweit sie es noch nicht getan haben sollten.

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, findet eine Aufführung von Grillparzers Medea statt. Freitag, den 24., zum letzten Male Gloria Arsena, Oper von Enna. Sonnabend, den 25., Das Dreimäderlhaus. Sonntag, den 26., nachmittags 3½ Uhr, Volksvorstellung zu ganz kleinen Preisen: Das Konzert, Lustspiel von Hermann Bahr, abends 7½ Uhr Die Rose von Stambul, Montag, den 27., Tiefland, Oper von d'Albert.

* **Auf die Volksvorstellung,** die nächsten Sonntag im Stadttheater stattfindet, sei nochmals mit dem Bemerken hingewiesen, daß Eintrittskarten bis Freitag abend im Arbeitersekretariat, Harz 42/44, zum Preise bis zu 65 Pf. zu haben sind. Zur Aufführung kommt das Lustspiel Das Konzert.

* **Lichtspiel-Oper im U. T.** Nun werden wir auch in Halle Gelegenheit haben, die neueste Errungenschaft auf dem Gebiete der Lichtspielkunst zu sehn und zu — hören, nämlich die von der Deutschen Lichtspieloper-Gesellschaft stammende komische Oper Lortzings, Der Waffenschmied. Nach den Besprechungen der Fach- und Tageszeitungen ist Der Waffenschmied das Beste, was bisher auf diesem Gebiete geschaffen wurde. In der Titelrolle wirkt Kandel vom Deutschen Opernhaus. Die Inszenierung lag in der Hand des Kapellmeisters Otto Krause, der es verstand, alle diejenigen Momente, die naturgemäß in einer Oper hergebrachter Art nur angedeutet werden können, außerordentlich geschickt und opernmäßig in die Erscheinung treten zu lassen. Jedenfalls darf man auf die Aufführung in den U. T.-Lichtspielen, Alte Promenade 11a, sehr gespannt sein.

* **Unglücksfall.** Gestern abend wurde eine Frau in der Merseburger Straße von einem Stadtbahnwagen angefahren. Sie erlitt eine Kopfverletzung und einen Bluterguß im linken Knie. Die Verletzte wurde dem Krankenhause Bergmannstrost zugeführt. Lebensgefahr besteht nicht. Den Motorwagenführer soll keine Schuld an dem Vorfalle treffen.

* **Zusammenstöße.** An der Ecke der Gr. Brunnen- und Friedenstraße stieß ein Straßenbahnwagen mit einer Mietdroschke zusammen. Die Droschke wurde stark beschädigt, der Droschkenführer und ein Pferd gering verletzt. An dem Motorwagen wurde eine Fensterscheibe zertrümmert. Die Schuld an dem Zusammenstoß scheint beide Teile zu treffen. — In der Ludwig-Wucherer-Straße fuhr ein Stadtbahnwagen, vermutlich infolge Versagens der Bremsvorrichtung auf einen haltenden Stadtbahnwagen auf, wobei der eine der beiden Wagen stark beschädigt und eine Frau und deren Sohn leicht verletzt wurden.

* **Wer ist bestohlen?** Bei einem Diebstahl in der Belfortstraße hat laut Mitteilung der Polizei der Täter folgende Sachen zurückgelassen, die vermutlich auch aus einem Diebstahl herrühren: Ein Paar Lederpantoffeln, ein Paar Halbschnürschuhe, ein schwarzes Frauenjackett ohne Kragen mit schwarz- und weißgestreiftem und hellblau durchwirktem Futter, eine braune Männerstrickjacke, ein schwarzes mit roten Blumen durchwirktes und ein rotbraunes Kattunkopftuch mit weißen

---

30]

Die Schatzgräber.

Humoristischer See-Roman von W. W. Jacobs.

„Machen Sie sich nur an die Abänderungen," wiederholte er. Kapitän Busack stutzte und dachte nach. Ein Nicken von Herrn Hagedorn und eine bezeichnende Geste in der Richtung des ahnungslosen Herrn Grot entschied.

„Gut denn, meine Herren," sagte er vergnügt. „Ich bin in Ihren Händen und Peter Gumpel wird tun, was ich tue. Es ist doch abgemacht, daß er mitgeht, nicht wahr?"

Herr Hagedorn, nach einem langen Blick auf das ängstliche Gesicht des Herrn Gempel, sagte „Ja," worauf sich, auf Kapitän Busacks Vorschlag, die Versammlung nach dem Fidelen Janmaat vertagte, wo in einem kleinen Zimmer im ersten Stock, nicht viel größer als die Kajüte des Schoners, die Vorbereitungen zur Reise in ihren Einzelheiten besprochen wurden.

„Und merk dir, Peter," sagte Kapitän Busack zu seinem Freunde, als das Paar am Hafen entlang schlenderte, nachdem ihre Reeder abgereist waren, „je weniger du hiervon redest, um so besser. „Wir wollen keine Leute aus Westerhafen dabei haben."

„Warum nich?" fragte der andere.

„Darum," entgegnete Busack, seine Stimme zum Flüstern herabstimmend, „weil an der Sache mehr ist, als das Auge sieht. Sie sind nicht die Sorte Menschen, die zum Vergnügen eine Reise nach den Inseln macht — das heißt außer Grot. Ich hab' meine Augen offengehalten und da ist was im Gange. Verstehst du mich?"

Herr Gumpel lächelte verschmitzt.

„Ich werde mir eine Mannschaft für sie zusammensuchen," sagte Busack. „Einen Mann hier und einen Mann da; die Leute von Westerhafen halten nicht dicht genug. Und wie ist das jetzt mit dem Grog, von dem du so viel geredet hast?"

Dreizehntes Kapitel.

Jetzt, wo die weitere Geheimhaltung der geplanten Reise zwecklos war, nutzte Herr Hagedorn die Situation nach Kräften aus, und sprach fortwährend davon. Dem erstaunten Eduard gegenüber sprach er mit großer Wärme davon, daß er die Welt noch sehen wolle, ehe die hinterlistigen Beschwerden des Alters es ihm unmöglich machen würden; mit Kapitän Boldt, den er in der Kaiserstraße traf, unterhielt er sich über das beste Reiseziel mit der Miene eines Mannes, der jedem guten Vorschlag in dieser Hinsicht ganz besonders zugängig ist. Wenn er die Wahl hätte, schien es, daß es in der Richtung nach Nord-Amerika läge.

„Sie könnten was Schlechteres tun," sagte der Kapitän mürrisch.

„Grot," meinte Hagedorn sinnend — „Grot ist mehr für den Süden. Ich glaube, Ihre Beschreibung von den Inseln, das hat ihn ziemlich stark erregt. Er ist ein sehr —"

„Wenn Sie vorhaben, die Insel zu suchen, von der ich Ihnen erzählt habe," unterbrach ihn der Kapitän ungeduldig, „rate ich Ihnen ernsthaft ab, denn Sie würden nur Ihre Zeit und ihr Geld verschwenden. Wenn ich eher von dieser Reise gewußt hätte, würde ich Ihnen das schon längst gesagt haben. Wenn Sie auf meinen Rat hören wollen, dann verkaufen Sie ihren Schoner und kümmern Sie sich um Geschäfte, die Sie verstehen."

Herr Hagedorn lachte sorglos. „Möglich, daß wir danach suchen, wenn wir den Weg nehmen," sagte er. „Ich glaube, Grot hat sich schon einen Spaten gekauft für den Fall, daß wir darauf stoßen. Er hat einen romantischen Glauben an den Zufall, wissen Sie."

„Gut denn," entgegnete der Kapitän, sich zum Gehen wendend. „Nur machen Sie mir keine Vorwürfe, was auch passiert. Sie können nicht sagen, daß ich Sie nicht gewarnt habe."

Er packte seinen Stock in der Mitte und schritt die Straße hinab. Herr Hagedorn, der seiner sich entfernenden Gestalt mit duldsamem Lächeln nachblickte, fragte sich, ob er seinen Anteil am Schatz annehmen würde, wenn er ihm angeboten würde.

Fräulein Manekes Aufregung war zu dieser Zeit ungeheuer. Einzelheiten über den Ankauf des Schoners wurden ihr brieflich mitgeteilt, aber das weibliche Bedürfnis, mit jemandem über die Sache zu reden, wurde zu stark, um sich verleugnen zu lassen. Sie lauerte sogar eines Abends Herrn Stobel auf und bestand, trotz aller möglichen Abschreckungsmittel darauf, ihn auf einen Teil seines Heimweges zu begleiten. Er saß stundenlang nachher da und rief sich die einzelnen Teile einer Aufstellung seiner persönlichen Reize, womit sie ihn versehen hatte, ins Gedächtnis zurück.

Herr Grot brachte die Zeit mit Vorbereitungen für die Reise hin, indem er außer anderen notwendigen Sachen sich einen Vorrat von Feuerwaffen aller Arten und Größen zulegte und damit im Garten Uebungen anstellte. Die meisten Schützen verkleinern allmählich die Größe ihres Zieles; aber Herr Grot, nachdem er mit einer Medizinflasche auf hundert Schritt Entfernung begonnen hatte, machte den Beschluß mit dem Treibhause auf fünfzehn. Frau Grot, die zu der Zeit darin war und eine kranke Geranie pflegte, fungierte als Scheibenwart, und obwohl Herr Grot ihr durch genaue Messungen nachwies, daß die Kugel mehr als sechs Zoll von ihr vorbeigegangen war, wurde der Schießstand geschlossen.

Bis die Aenderungen auf der Schön Emily beendet waren, war der Sommer nahezu zu Ende, und es war schon der 29 August, als die Reisenden sich auf dem Bahnsteig von Lunderstadt zusammenfanden. Frau Grot in einem schneidigen Segelkostüm mit weißer flacher Mütze stand bei einem Haufen Gepäck und unterhielt sich mit einem bewundernden Kreis von Freundinnen, die gekommen waren, sie abfahren zu sehen. Sie hatte ihr Haus zugeschlossen und die Dienstboten entlassen und ihr Bedauern mit Frau Stobel, deren Gatte dieses Verfahren in ihrem Falle verboten hatte, gab ein geeignetes und angenehmes Gesprächsthema ab. Frau Stobel hatte in ganz anderer Weise gespart und Frau Grot blickte mit Entrüstung und Mitleid auf einen kleinen Koffer und die Handtasche, die ihre Garderobe enthielten.

„An Bord braucht sie sich nicht aufzudonnern," sagte Herr Stobel.

Frau Grot wandte sich um und betrachtete das Kostüm ihrer Freundin — einen schlichten Rock und Taille, worin sie zuerst im vorletzten Frühling erschienen war.

„Wenn wir ein Jahr unterwegs sind," sagte sie bestimmt, „wird sie in Lumpen gehen, ehe wir zurück sind."

Herr Stobel meinte, daß sie zum Glück in einem warmen Klima sein würden und wandte sich ab, um die Hagedorns zu begrüßen, die gerade angelangt waren; dann lief der Zug ein und Herr Grot, plötzlich hinter dem Gepäck auftauchend, wo er gestanden hatte, seit er zuerst Selina Manekes kleines besorgtes Gesicht auf dem Bahnsteig erblickt hatte, stieg in den Wagen und winkte Lunderstadt vergnügt Lebewohl.

In den Augen Herrn Grots und seiner Frau schien Westerhafen sich für die Gelegenheit in Festschmuck geworfen zu haben. Mit stolzem Lächeln gingen sie voran zur Fähre, wobei Frau Grots Kostüm so viel Aufmerksamkeit erregte, daß der Rest der Gesellschaft langsam zurückblieb, um zuzusehen, wie Eduard Hagedorn sein Schuhband wieder knüpfte. Zwei Bote waren nötig, um das Gepäck zum Schoner zu überführen und da die Ladung des kleinen Fahrzeuges mitten im Strom überschoß, ruderte der Bootsmann den Rest des Weges mit einer guten Portion davon auf seinem Schoße. Zum Unglück war sein Mund frei.

Herr Grot vermochte nicht, einen Ruf der Bewunderung zu unterdrücken, als er an Bord der Schön Emily kletterte. Das Deck war so weiß wie das eines Kriegsschiffes und die Messingteile glitzerten in der Sonne. Weiße Malereien und der ehrliche und gesunde Geruch nach Teer vervollständigten seine Befriedigung. Seine Brust weitete sich, als er die Brise einsog, und mit leichtem seemännischen Schlingergang schritt er auf dem fleckenlosen Deck auf und ab.

„Und jetzt," sagte Kapitän Busack, nachdem ein paar derbe Seeleute das Gepäck der Herren in der neuen Kabine untergebracht hatten, „wer von den Damen soll meine Kabine haben und wer die Koje des Steuermanns?"

Frau Grot stutzte; sie hatte es als selbstverständlich angenommen, daß sie die Kabine erhalten würde. Sie wandte sich um und sah ihre Freundin gespannt an.

„Die Koje scheint die meiste frische Luft zu bekommen," sagte Frau Stobel. „Und sie ist der Treppe auch näher für den Fall, daß etwas passiert."

„Nehmen Sie sie, Liebste," sprach Frau Grot freundlich. „Ich bin nicht nervös."

„Aber Sie haben die frische Luft so gern," antwortete Frau Stobel mit einem sehnsüchtigen Blick auf die Kabine. „Ich möchte nicht selbstsüchtig sein."

„Das sind Sie auch nicht," sagte Frau Grot mit Ueberzeugung.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180523-10/fragment/page=0005

Punkten und weißen Blumenrand, ein dunkelblaues mit Blumen durchwirktes Kopftuch, eine schwarz- und rotgestreifte wollene und eine braun- und schwarzgestreifte wollene Schürze. Diese Sachen dürften von Frauen, die landwirtschaftliche Arbeiten verrichten, auf ihrer Arbeitsstelle gestohlen sein. Die Eigentümer oder Personen, die über die Sachen Angaben machen können, werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Drehhauptstraße 4, Zimmer 70 oder 71, zu melden. Dort liegen die Sachen zur Ansicht aus.

Wesenitz. Die begehrten Treibriemen. Aus dem Sägewerk der hiesigen Mühle sind nachts zwei Treibriemen von 12 und 18 Meter Länge gestohlen worden.

Aus der Partei.

Helfershelfer des Belagerungszustandes. In Fechenheim (Kreis Hanau) hielten die Regierungssozialisten eine öffentliche Protestversammlung zur Wahlrechtsvorlage ab. Referent war Redakteur Kaul-Offenbach. Die Versammlung war besucht von 48 Personen, einschließlich des Referenten. Die Politik der Regierungssozialisten lockt keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Und welche Propaganda war gemacht worden! Selbst in den bürgerlichen Zeitungen inserierte man. Der Vorstand der Fortschrittspartei erließ eine Aufforderung, ebenfalls die „Protestversammlung" zu besuchen. Der Erfolg: ganze 48 Personen! Davon waren 30 Mitglieder der Unabhängigen, 8 Bürgerliche und 10 Regierungssozialisten. Trotzdem ließ es sich Herr Kaul nicht nehmen, seine Protestrede zu halten. Er fing um ½9 Uhr an und redete in den großen gähnend leeren Saal hinein bis 10 Minuten nach Feierabendstunde (10 Uhr.) Und warum? Man wollte verhindern, daß die Meinung und Auffassung der U. S. P. dargelegt würden. Von dem Leiter der Versammlung wurde sofort bekannt gemacht, daß eine Diskussion nicht mehr stattfinden könne wegen Feierabendstunde. Man wolle aber eine weitere Versammlung anberaumen mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion. Wer lacht da nicht? Genosse Schnellbacher erzwang sich das Wort zur Geschäftsordnung und kennzeichnete das Verhalten dieser Leute, die auf solche unerhörte Weise die angekündigte freie Diskussion unterbinden. Die Herren wissen, daß wir keine öffentliche Versammlung abhalten dürfen und geben sich noch als Helfershelfer des Belagerungszustandes her. Sie haben es weit gebracht. Nur weiter so. Bald werden allen denkenden Arbeitern die Augen geöffnet sein!

Gewerkschaftliches.

Vorläufiges Ergebnis der Lohnbewegung im Zeitz-Altenburger Braunkohlenrevier.

Am 22. April d. J. hatten die Arbeiterausschußmitglieder im bezeichneten Revier den gesamten Grubenverwaltungen Lohnforderungen unterbreitet. Die Forderungen beliefen sich auf Erreichung eines Mindestlohnes für die bei der Kohlengewinnung beschäftigten Arbeiter und einer 20- bis 30prozentigen Lohnzulage für die im Schichtlohn beschäftigten Arbeiter; für Arbeiterinnen und Jugendliche waren 10 Prozent gefordert worden. Nachdem nun auf allen Grubenanlagen Verhandlungen über die Forderungen stattgefunden haben, ist nach den Berichten der Arbeitervertreter folgendes Ergebnis zu verzeichnen:

Zeitz-Weißenfelser Revier:

Die Grubenverwaltungen der Riebecks Montanwerke, sowie die der Werschen-Weißenfelser Akt.-Ges. haben erklären lassen, daß die Generaldirektionen die Forderungen glatt abgelehnt hätten. Die Ablehnung ist mit der Begründung bedacht, die preußische Regierung hätte die beantragte Kohlenpreis-Erhöhung abgelehnt, die Werke wären daher nicht in der Lage, die Mehrbelastung für Arbeiterlöhne zu tragen. Ferner würde die Erfüllung der Forderung eine Mehrausgabe von 3 bis 4 Millionen Mark erfordern.

Grube Otto bei Reußen: Forderungen abgelehnt; die Lohnsätze wären 30 bis 50 Pf. höher als bei den Nachbargruben. Die Direktion bewilligte aber eine Erhöhung der Teuerungszulage, dieselbe beträgt für die Untertagsarbeiter nun 3 Mk., für die Uebertagsarbeiter 2,50 Mk. pro Schicht. Neben dieser Teuerungszulage wird noch ein Kindergeld gewährt.

Meuselwitz-Altenburger Revier:

Hier sei vorausgeschickt, daß im Herzogtum Altenburg am 1. April d. J. eine Kohlenpreiserhöhung eingetreten ist, demzufolge auch eine allgemeine 10prozentige Lohnaufbesserung gewährt wurde. Da die Aufbesserung der Löhne den Forderungen der Belegschaften nicht entsprach, haben weitere Verhandlungen stattgefunden, bei denen geringe Zugeständnisse noch erzielt wurden.

Fortschrittswerke:

Heinrichschacht: Das Wagengedinge der bei der Kohlengewinnung beschäftigten Arbeiter ist von 3 bis 18 Pf. erhöht worden, damit dürften die Arbeiter in die Lage kommen, 11 Mk. pro Schicht zu verdienen. Sollte dieser Satz bei ungünstigen Flötzverhältnissen nicht ganz erreicht werden, so will die Verwaltung unter 9,50 Mk. die betreffenden Arbeiter nicht entlohnen. Ferner ist eine Erhöhung der Gedinge bei Holzarbeiten eingetreten. Den Fabrikarbeitern ist der Schichtlohn um 70 Pf., den Bedienungsmannschaften um 1 Mk. erhöht worden. Maschinisten und Heizer haben 50 Pf., Arbeiterinnen 30 Pf. und Jugendliche 20 Pf. Lohnzulagen pro Schicht erhalten. Handwerker haben pro Stunde 10 Pf. Zulage erhalten.

Wilhelmschacht: Das Gedinge der Hauer und Schlepper im Tiefbau ist um 3 bis 6 Pf. erhöht worden. Schichtlöhnern in der Grube und Fabrikarbeitern sind 50 Pf. Bedienungsmannschaften und Handwerkern 60 Pf., Arbeiterinnen 30 Pf. und Jugendlichen 20 Pf. Lohnzulagen gewährt worden.

Friedenswerke:

Otto- und Kiefernschacht: Die Betriebsleitungen haben sich verpflichtet, das Gedinge so zu regeln, daß damit der Arbeiter 11 Mk. pro Schicht verdienen könne. Für Schichtlöhner und Bedienungsmannschaften sind weitere 10 Prozent, Maschinisten und Heizern sowie Handwerkern 15 Prozent Lohnzulagen gewährt werden.

Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke.

Herzog-Ernst-Schacht: Das Wagengedinge für Hauer und Schlepper soll nochmals um 1 Pf. erhöht werden. Ferner ist die Teuerungszulage für alle Beschäftigten um 20 Pf. pro Schicht erhöht worden.

Ernst-Grube: Das Gedinge für Hauer und Schlepper ist um weitere 1 bis 8 Pf. erhöht worden. Auch hier ist die Teuerungszulage für Arbeiter und Arbeiterinnen um 20 Pf. pro Schicht erhöht worden. Maschinisten und Heizern, welche bisher eine Sondervergütung von drei Stundenlöhnen pro Woche erhielten, ist dieselbe auf 6 Stunden erhöht worden.

Eugenschacht: Das Wagengedinge für die Arbeiter im Tiefbau ist um weitere 3 Pf. erhöht worden. Der Schichtlohn für Reparaturhauer ist um 50 Pf., Uebertagsarbeiter um 40 Pf. und für Arbeiterinnen um 30 Pf. erhöht worden. Ferner ist die bisher gewährte Teuerungszulage für alle Beschäftigten um 20 Pf. aufgebessert worden.

Von zwei weiteren Gruben dieser Gesellschaft liegen noch keine positiven Angaben vor, es dürften aber auch dort ähnliche Zugeständnisse gemacht worden sein.

Leonhardtswerke:

Grube Leonhardt I und II, Fürst Bismarck, Vereinsglück und Schädegrube: Die Forderungen sind glatt abgelehnt worden. Dem Arbeiterausschuß von Grube Fürst Bismarck ist nachfolgender schriftlicher Bescheid von der Direktion zugestellt worden:

Zipsendorf, den 29. April 1918.

An den Arbeiterausschuß des Werkes Fürst Bismarck.

Die Verwaltung bestätigt den Empfang Ihrer Eingabe vom 21. April d. J., mit der Sie sich — ohne Vorbringung von Sonderwünschen — lediglich zum Sprachrohr der durch auswärtige Agenten aufgestellten und bereits in der sozialdemokratischen Presse verlautbarten Lohnforderungen machen.

Sie haben vor noch nicht einmal zwei Monaten ähnliche Forderungen erhoben, die wir soweit als möglich erfüllten, trotzdem uns die preußischen Werke im Gegensatz zu den königlichen sächsischen und altenburgischen Unternehmungen jede Verkaufspreiserhöhung für unsere Erzeugnisse vom Handelsminister verwehrt wurde. Unsere Betriebe sind nicht imstande, abermals eine so starke Belastung durch Lohnerhöhung auf eigene Schultern zu nehmen, und müssen deshalb zu ihrem Bedauern die überreichten Forderungen solange ablehnen, bis vom Handelsminister durch Preiszulage ein Ausgleich für Mehrbelastung geschaffen wird.

Im übrigen weisen wir darauf hin, daß unsere Löhne fast in allen Gruppen an der Spitze der Reviers stehen, zu mindest aber den Revierdurchschnitt überschreiten.

Braunkohlenwerke Leonhardt Akt.-Ges.
O. Knackstedt

Rositzer Braunkohlenwerke:

Grube Germania, Grube Nr. 113, Schiefe Ebene und Neuglück: Die Grubenverwaltungen könnten jetzt weitere Zugeständnisse nicht machen, da die Akkord-Durchschnittslöhne die höchsten im Revier seien; sie betragen pro Schicht 11 Mk. bis 14 Mk. Wenn dieser Satz auf den Nachbargrubenanlagen erreicht würde, wäre die Gesellschaft nicht abgeneigt, weitere Zulagen folgen zu lassen. Die Schichtlöhne sollen nochmals nachgeprüft werden, da wo notwendig noch Aufbesserungen eintreten.

Grube Phönix, Heureka, Bruderzeche, Prehlitzer Braunkohlenwerk haben die Forderungen abgelehnt.

Da die Verhandlungen noch nicht vollständig abgeschlossen sind, wollen wir jede Bemerkung heute unterlassen, von den Belegschaftsmitgliedern derjenigen Grubenanlagen, wo gar keine Zugeständnisse erreicht wurden, werden die Vertreter beauftragt, die zuständigen Schlichtungsausschüsse als Einigungsamt anzurufen. Den Belegschaften möchten wir aber raten streng darauf zu achten, daß alle Beschäftigten sich der Organisation anschließen, dann werden auch die Forderungen der Arbeiter mehr Beachtung finden. H. W.

Aus der Provinz.

Ein gutes und notwendiges Beispiel.

In den Blättern werden von den Gemeinden, Kreisen und privaten Besitzern die Verpachtungen der Frühobstnutzungen angekündigt. Ohne Zweifel werden bei der Methode des Höchstpreiszuschlages sich wieder die Erscheinungen zeigen, die eine dauernde Preissteigerung im Obstverkauf an das Publikum zeitigen. Leider unterbleibt eine allgemeine Beschlagnahme des Obstes für die öffentliche Verteilung, leider sieht man nicht einmal, daß überall den Pächtern gewisse Vorschriften gemacht werden, die notwendig sind, um den Obstwucher durch Verschiebung der Produkte aus einer Gegend in die andere einen Riegel vorzuschieben.

Da ist es erfreulich, aus Merseburg wenigstens dieses Beispiel einer Warnung melden zu können:

„Da in diesem Jahre die Hartobsterträge voraussichtlich wieder wie im vorigen Jahre teilweise zur Marmeladenerzeugung erfaßt werden, warnt der Königl. Landrat alle Obstpächter in ihrem eigenen Interesse dringend davor, allzu hohe Pachtpreise zu bieten."

Als notwendige Ergänzung dieser Warnung an die Obstpächter möchten wir noch anregen, daß auch den Gemeinden von den Kreisbehörden zur Pflicht gemacht wird, über normale Pachtsätze nicht hinauszugehen, vielmehr Bedingungen zu treffen, daß der Verkauf des erpachteten Obstes an das Volk zu möglichst niedrigen Preisen gesichert wird.

Leunawerk. Eine weibliche Leiche, schon stark verwest, wurde bei Rössen aus der Saale gelandet. Die Person war 1,57 Meter groß, hatte dunkles Haar und war bekleidet mit schwarzwollenen Strümpfen, weißleinenem Hemd, dunkelblau kariertem Rock und blaugestreifter Schürze. Die Kleidungsstücke liegen bei dem Amtsvorsteher im Leuna-Werk zur Besichtigung aus. Wer über die Persönlichkeit Angaben machen kann, wird ersucht, diese dem Amtsvorsteher mitzuteilen.

Schkeuditz. An Entkräftung gestorben. Das Lokalblatt berichtet: Vor einiger Zeit war aus Merseburg ein alter, 82jähriger Mann verschwunden. Tagelang war er umhergeirrt und wurde auch hier gesehen. Am 1. Feiertag früh wurde auf einer Wiese nördlich der Elster die Leiche des Mannes aufgefunden. Er war an Entkräftung verstorben.

Querfurt. Ein Schadenfeuer hat die Scheune auf dem Grundstück der Familie Haberland auf dem Lederberg vernichtet. Die Scheune, die einen Wert von etwa 3000 Mark hat, war leider nur zum Teil versichert.

Bitterfeld. Ein Unglücksfall ereignete sich am Dienstag in der Kaiserstraße. Die 12jährige Schülerin Martha Schiebel aus Niemegk geriet aus bisher nicht aufgeklärter Ursache unter die Räder eines schweren zweispännigen Rollwagens, wurde überfahren und an beiden Füßen schwer verletzt. Sie wurde zuerst nach dem Kreiskrankenhause gebracht und später, da Lebensgefahr vorlag, einer Hallischen Klinik zugeführt.

— Eier-Abgabe. Auf Nr. 15 der Eierkarte wird von Sonnabend früh ab ein Ei zum Preise von 33 Pf. verabfolgt.

— Kaffee-Ersatz. Nachdem der zu teuerem Preise eingekaufte Kaffeeersatz vom Kriegsausschuß zum Ausverkauf freigegeben worden ist, steht zum Preise von 3 Mk. das Pfund in folgenden Geschäften zum Verkauf: Böttger, Stecher, Kirsch, Dohle, Wetzig, Kopp, Otto Rdulph, Paul Rudolph, Konsumverein, Witte, Sonnenberger, Stumpf, Aler, Wittwer, Schumacher und Tetzel. Ferner sind bei Wetzig gebrannte Feigen das Pfund 5 Mk., in den Geschäften von Brünner, Tams und Garfs, Konsumverein und Wittwer eine zweite Sorte Kaffeeersatz das Pfund zu 2 Mk. zu haben.

— Abgabe von Weichkäse. Auf Nr. 67 des Lebensmittelscheines kommen von heute ab 100 Gramm Weichkäse in den Butterverkaufsstellen zur Abgabe.

— Butterabgabe. Bei der Butterabgabe ist in dieser Woche der Brotschein vorzulegen. Kundenliste und Brotschein sind genau zu vergleichen, erstere, wenn nötig, zu berichtigen. Montag, den 27. d. M., sind die Kundenlisten dem Lebensmittelamte zur Prüfung einzureichen.

Delitzsch. Eierverteilung. Auf Abschnitt Nr. 83 aller Lebensmittelscheine werden auf den Kopf der Haushaltung je 4 Eier zum Preise von 32 Pf. das Stück bei E. Krüger u. Ko., Breitestraße 6, wie folgt abgegeben: Donnerstag, den 23. d. M., von früh 8 bis 12 Uhr, 1 bis 500, nachmittag 2 bis 7 Uhr 501 bis 1000, Freitag, den 24. d. M., von früh 8 bis 12 Uhr mittags, 1001 bis 1500, nachmittag von 2 bis 7 Uhr 1501 bis 2000, Montag, den 27. d. M., von früh 8 bis 12 Uhr 2001 bis 2500, nachmittag von 2 bis 7 Uhr 2501 bis 3000, Dienstag, den 28. d. M., von früh 8 bis 12 Uhr 3001 bis 3500, nachmittag von 2 bis 7 Uhr 3501 bis Schluß.

Wittenberg. Amtliche Bekanntmachungen von Wichtigkeit liegen eine ganze Reihe vor. Die erste betrifft die Sparsamkeit im Wasserverbrauch! Infolge der Kriegsverhältnisse konnte die neue Brunnenanlage für das städtische Wasserwerk noch nicht fertiggestellt werden. Wir ersuchen die Wasserabnehmer dringend, den Verbrauch an Leitungswasser möglichst einzuschränken. Das Sprengen in den Gärten muß gänzlich unterbleiben. Bei Nichtbeachtung unserer Ermahnung muß wieder mit stundenweiser Abgabe des Wassers gerechnet werden.

Eine andere macht auf die Möglichkeit des Hausbrandbezuges von den Gruben mittels Landabfuhr aufmerksam:

Nach § 26 der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 30. März 1918 über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes dürfen Händler und Verbraucher Hausbrandkohle fuhrenweise oder sonst im Kleinverkauf unmittelbar von Erzeugungsstätten (Landverkaufsstellen der Gruben und Brikettfabriken) beziehen; eines vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung ausgestellten Bezugscheines bedarf es dazu nicht. Für Kohlenbezug mittels Landabfuhr dürften besonders Bergwitz und Gräfenhainichen in Betracht kommen. Das Nähere ist daselbst zu erfahren. Jede solchergestalt erfolgte Hausbrandeinfuhr in den Versrogungsbezirk Wittenberg-Stadt ist uns entweder schriftlich oder mündlich anzuzeigen.

Endlich wird bekanntgemacht, daß die bisherigen Bezugscheinstellen im Kreise am 1. Juli aufgehoben werden. An ihre Stelle tritt die Kreisbezugscheinstelle, die im Kreishaus am 1. Juni eröffnet wird. In der Zeit vom 25. bis 31. Mai werden keine Bezugscheine ausgegeben.

— Wenn man zu „begeistert" ist. Um das Luftschiff, welches am Sonnabend die Stadt überflog, besser beobachten zu können, lehnte sich, laut Tageblatt, die in der Poststraße 21 bei ihren Eltern wohnende 19jährige Arbeiterin Lorenz gegen ein Holzgitter. Da dieses aber nur provisorisch angebracht war, hielt es den Druck nicht aus und die L. stürzte aus einer Höhe von etwa 3 Metern in den gepflasterten Hof hinab. Bei dem Sturze zog sie sich an Kopf und Körper Verletzungen zu, die ärztliche Behandlung notig machten.

Herzberg. Streik der Magistratsmitglieder. Von hier wird berichtet: Der derzeitige Stellvertreter des Bürgermeisters, Beigeordneter Marx, sowie die weiteren Mitglieder des Magistrats, Lehmann und Schirrmeister, haben ihre Aemter zum 1. Juli niedergelegt. Schwerwiegende Gründe sind es gewesen, welche diese drei Herren veranlaßt haben, trotz der durch den Krieg geschaffenen Notlage jetzt aus ihren Aemtern zu scheiden. Und welcher Art waren die Gründe, möchte man noch fragen, um Klarheit zu schaffen.

Grünewalde. Ertrunken ist im Wasser, das sich im alten Tagebau der Millygrube angesammelt hatte, der achtjährige Sohn des Grubenarbeiters Blasig. Das Wasser ist an manchen Stellen bis acht Meter tief, man wundert sich deshalb darüber, daß es nicht abgezäunt ist.

Allerlei.

Eisenbahnunglück in Frankreich. Marseille, 22. Mai. (T.-U.) Ein sehr schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Sonnabend auf dem Bahnhof von Arles. Ein von Paris kommender, mit beurlaubten Soldaten angefüllter Zug stieß mit einem Güterzug mit einer solchen Gewalt zusammen, daß sieben Wagen des Militärzuges wie ein Teleskop ineinander geschoben wurden. Es sollen 30 Tote und 52 Verwundete festgestellt worden sein, es dürften sich aber noch mehr Opfer unter den Trümmern befinden.

Erdbeben in Südamerika. London, 22. Mai. (Reuter.) Die Times erfährt aus Valparaiso: Ein heftiges Erdbeben ereignete sich am 20. Mai bei Leserina. Viele wichtige Gebäude wurden zerstört. Die Verluste sollen zahlreich sein. Die Erschütterung wurde in weiten Umkreisen bis Santiago und Valparaiso gespürt.

Briefkasten der Redaktion.

O. Ist ein Dietmädchen krank, hat es von der Krankenkasse Krankengeld zu bekommen. Die Dienstherrschaft ist nicht verpflichtet, für dieselbe Zeit Lohn zu bezahlen.

Frau R. in K. Sie können den Mantel nicht ohne weiteres behalten. Es muß der Schuldnerin ein Zahlungsbefehl durch das Gericht gesandt werden. Wird dieser rechtskräftig, können Sie den Mantel durch den Gerichtsvollzieher pfänden lassen.

O. W. in E. Die Adresse: Russisches Generalkonsulat in Berlin, Unter den Linden, genügt. Schildern Sie dieser den Vorgang.

Fr. A. W., Kobershain. Der Antrag auf Invalidenrente kann dort bei der Gemeindebehörde vorgebracht werden. Es sind mindestens 200 Beitragsmarken nötig und das Zeugnis eines Arztes, daß Invalidität vorliegt.

Literarisches.

Simplizissimus Nr. 8 ist erschienen. Die Nummer kostet 50 Pf.

Aus Magdeburg.

Verteilung von Garn. Der Magistrat macht bekannt, daß die zur Verteilung von Garn zugelassenen Kleinhändler ihre Vorräte in der Zeit vom 23. bis 31. Mai auszugeben haben. Die Verteilung darf nur an die bei dem betreffenden Kleinhändler eingetragenen Kunden erfolgen, und zwar lediglich auf Garnmarke Nr. 1 der Garnkarte. Abgabe auf lose Marken ist strafbar. Soweit die den einzelnen Garnverkaufsstellen zugewiesenen Mengen die Verteilung einer Rolle auf die Marke 1 für alle eingetragenen Kunden in der angegebenen Zeit nicht zulassen, hat die Verteilung in der Weise zu erfolgen, daß zunächst die Haushaltungen mit zwei und mehr Personen je eine Garnrolle auf Marke 1 erhalten. Im übrigen erfolgt die Belieferung nach der Kundennummer. Haushaltungen, welche bei dieser Verteilung ausfallen, werden bei der nächsten Verteilung beliefert. Der vorgeschriebene Kleinhandelspreis für eine Garnrolle von 200 Meter beträgt 33 Pf. Ein Anspruch auf besondere Sorten steht niemand zu. Jeder zugelassene Kleinhändler hat ein Stück dieser Bekanntmachung in seinen Verkaufsräumen an einer von außen dem Publikum sichtbaren Stelle anzubringen.

Aufenthalt der Jugendlichen auf der Straße. Der in der Bekanntmachung des Polizeipräsidenten vom 7. November 1916 für das Verbot des Aufenthalts von Jugendlichen in öffentlichen Anlagen und auf öffentlichen Straßen und Plätzen auf 8 Uhr abends festgesetzte Zeitpunkt wird für die Sommerzeit bis zum 16. September 1918 wieder auf 9 Uhr abends verlegt.

Braunschweig.

Bier-Glocke.
Täglich: Konzert. *22
ff. Biere. Obstweine.

Modezeitungen u. Illustrierte Zeitschriften liefert Volks-Buchhandlung, Aegidienmarkt 15.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180523-10/fragment/page=0006